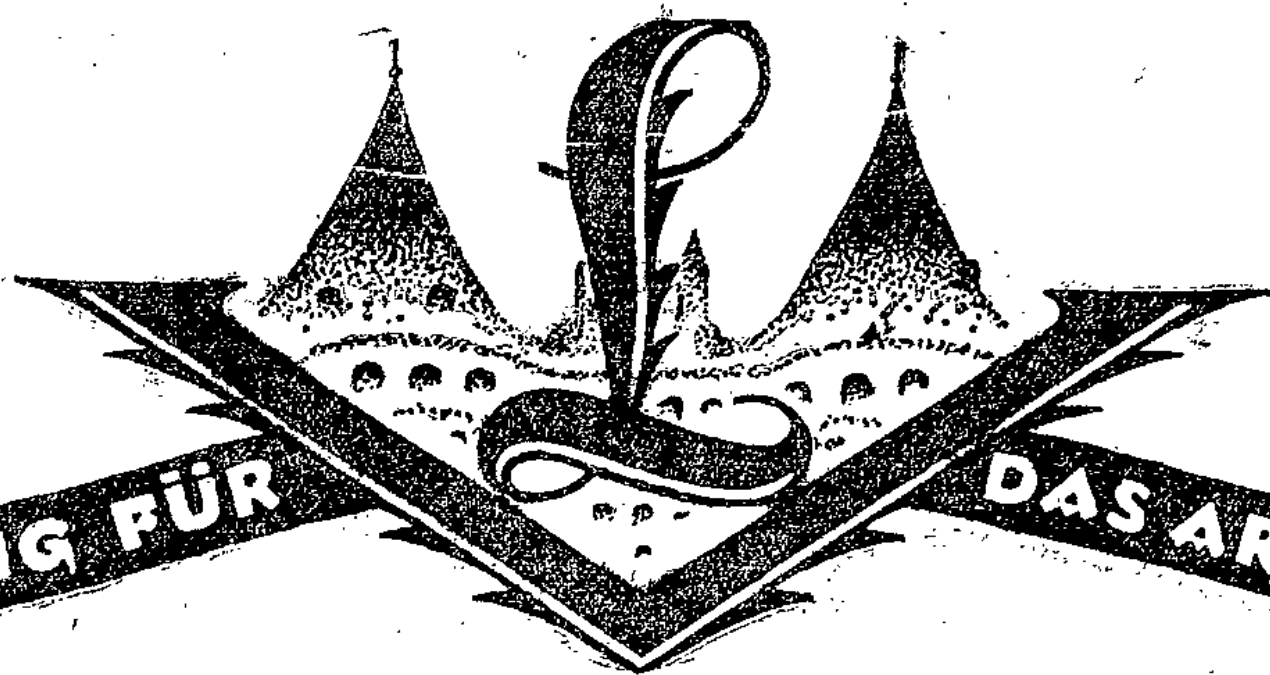


Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Botenfreistunde monatlich 32 M., Einzelverkaufspreis 1,50 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.



Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 7,50 M., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 36,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stk. 150 M. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.

# Lübecker Volksbote

Nummer 185.

Donnerstag, 10. August 1922.

29. Jahrgang.

## Die Entente in Gefahr?

### Lloyd George lehnt Poincarés Programm ab. — Belgien will vermitteln.

London, 9. August.

Gestern Abend 9,15 Uhr rief der Privatsekretär Lloyd Georges, Sir Grigg, die Vertreter der englischen Presse in die Downingstreet und erklärte ihnen, daß Lloyd George entschlossen sei, das Programm Poincarés abzulehnen. Er fügte dieser Erklärung hinzu, daß, wenn Poincaré sein Programm nicht abändere, der Bruch der Entente wahrscheinlich, wenn nicht sogar unvermeidlich würde. Diese energische Haltung des Premierministers ist auf eine zweite Erklärung Poincarés während des gemeinsamen Frühstücks hin erfolgt, daß Frankreich sich seine volle Handlungsfreiheit vorbehalte, falls seine Forderungen von der Konferenz nicht angenommen werden sollten. Lloyd George wird für die heutigen Verhandlungen, wie es heißt, Gegenorschläge mitbringen, die weit vom französischen Standpunkt entfernt sind. Die Engländer sind gegen den Abbruch der Konferenz und geben sich alle Mühe, einen Ausweg zu finden. Unter diesen Umständen glaubt man, daß Deutschland ein provisorisches Moratorium bewilligt erhalten und eine neue Konferenz zur endgültigen Regelung einberufen werden wird.

Paris, 9. August.

Savas berichtet aus London: In britischen Kreisen erklärt man offen, daß die englische Regierung heute den gesamten Plan Poincarés zurückweisen werde. Man gebe zu verstehen, daß der heutige Tag eine ganz besondere Bedeutung haben, ja sogar die zukünftigen Beziehungen zwischen England und Frankreich beeinflussen werde.

Paris, 9. August.

Der Berichterstatter des „Petit Journal“ ist überzeugt, daß die Italiener und Japaner mit den Engländern stimmen werden. Poincaré stehe auf der Gegenseite, und nur die Belgier bemühten sich, zu vermitteln. Wenn ihnen das gelinge, würde die Konferenz nur noch zwei bis drei Tage dauern, um über das provisorische Moratorium für Deutschland zu entscheiden. Dann müßte eine neue Konferenz vereinbart werden. Falls die belgische Vermittlungsaktion jedoch scheitern sollte, so bedeute das den Bruch mit allen seinen Folgen.

\*

Was der Draht bisher aus London meldete, ist für Deutschland wenig verheißungsvoll! Statt ernsthafte Vertiefung der Staatsmänner in die schwierigen wirtschaftlichen Probleme, werden jene Drohungen fortgesetzt, die bereits bei der Begrüßung Anwendung fanden, spielt man mit einem Bruch der Entente, obwohl hieran ernsthaft niemand zu glauben vermag. Ist bisher überhaupt eine Entente-Konferenz abgehalten worden, auf der jener bewußte „Bruch“ keine Rolle gespielt hat? Sei es in Bologne, sei es in Cannes, oder gar in Genoa — überall spielte man mit dieser Drohung, die zu verwirklichen niemand ernsthaft Courage hatte. Trotz der zu erwartenden Ablehnung der von Poincaré an ein Moratorium geknüpften Bedingungen werden sich also auch in London die Erfahrungen von vergangenen Konferenzen bestätigen. Die Interessengemeinschaft der alliierten Mächte ist gegenwärtig noch zu groß, als daß ernsthaft überhaupt an einen „Bruch“ gedacht werden kann. Was andererseits so oft betont wurde, hat auch heute noch Geltung: Deutschland kann an einem Bruch der Entente nicht interessiert sein.

Eine provisorische Lösung, die Deutschland unter gewissen Bedingungen ein Moratorium zugesteht, scheint im Augenblick die größte Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Noch ehe die „großen Meinungsverschiedenheiten“ in London der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurden, machte man schon von belgischer Seite Vermittlungsversuche, die auf die gute Absicht der Entente-Staatsmänner, Europa endlich aus dem Chaos herauszuführen, kein gutes Licht warfen. Sicherlich ist eine provisorische Lösung besser als ein Nichts! Aber die Gefahr besteht, daß man die Zugeständnisse, die man Deutschland gegenüber macht, durch die an diese Zugeständnisse geknüpften Bedingungen wieder aufhebt. Um so größer ist diese Gefahr, als nicht wirtschaftliche Momente, sondern politische Motive den Ausschlag in London bilden werden. Muß doch selbst das Blatt Lloyd Georges feststellen, daß, obgleich Frankreich eine wirtschaftliche Sprache führt, es doch die ganze Zeit lediglich an politische oder militärische Probleme denkt, die mit der zur Diskussion stehenden Angelegen-

heit sehr wenig zu tun haben. Wie auch die von Entente-seite gestellten Bedingungen ausfallen werden, einmal muß doch die wirtschaftliche Vernunft über jene Politiker siegen, die sich anmaßen, den Fortgang der Weltwirtschaft in vorgeschriebene Bahnen zu zwingen. Die Gefahr besteht leider, daß darüber Deutschland zugrunde geht und mit ihm, um mit Lloyd George zu sprechen, Europa untergeht.

\*

## Entscheidung der Sachverständigen.

Paris, 8. August.

Savas erzählt von seinem Sonderberichterstatter in London, die Sitzung der alliierten Sachverständigen sei um 1,15 Uhr zu Ende gegangen. Ihrem Auftrag entsprechend hätten sie die Frage geprüft, ob die von Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen produktiver Art seien. Sie hätten sich darüber geeinigt, daß die Maßnahmen tatsächlich eine im Vergleich zu den deutschen Verpflichtungen geringe Summe einbrächten, die aber immerhin sich auf dreihundert bis vierhundert Millionen Goldmark stellen dürfte. Engländerseits habe man indessen eingewendet, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen nur einen geringen Ertrag ergeben würden und die Gefahr mit sich brächten, das deutsche Wirtschaftsleben zu desorganisieren. Der Widerstand Deutschlands habe sich besonders gegen die Besteuerung der aus dem Ruhegebiet abgeführten Waren gerichtet.

## Will Poincaré nachgeben?

### Eine Rückfrage in Paris.

London, 10. August.

Poincaré hat beim Pariser Kabinett angefragt, ob er ein neues Programm mit geringeren Forderungen vorlegen darf. In Erwartung seiner Antwort wurde die Konferenz vertagt. Der englische Standpunkt wird von den Sachverständigen in allen Punkten unterstützt und die Entscheidung der Sachverständigenkommission, die heute Abend getroffen wurde, ist als endgültig zu betrachten. In vorgeleiteter Nachmittagsstunde hat der Sachverständigenausschuß durch Mehrheitsbeschluß folgende Vorschläge Poincarés abgelehnt: die Zollgrenze, die Beschlagnahme der Bergwerke und Wälder und die Beteiligung an der deutschen Industrie. Die Pläne zu einer Beschränkung der Papiergeldausgabe durch die Reichsbank und eine Art Budgetkontrolle wurden günstig beurteilt mit dem Ergebnis, daß Lloyd George aller Wahrscheinlichkeit nach den Vorschlag machen wird, Sachverständige nach Deutschland zu entsenden. Mitglieder des englischen Kabinetts, die sich zum Teil bereits in Ferien befinden, wurden in aller Eile für einen morgen stattfindenden Kabinettsrat zurückberufen. Der Premierminister erklärte, daß der Gegenstand dieses Kabinettsrats eine Diskussion über die neue internationale Lage sein wird, die aus dem gegenwärtigen Stillstand der Konferenzarbeiten hervorgeht. Englische offizielle Kreise glauben, daß, falls Frankreich seine Bedingungen nicht ändert, jedes individuelle Vorgehen Frankreichs zweifellos einen Schritt zum Bruch der Entente bedeuten würde. Die italienischen, französischen, englischen und belgischen Minister haben den ganzen Tag private Unterhaltungen gepflogen und versucht, die Grundlagen für eine Verständigung zu finden. Französischerseits war man heute vormittag sehr pessimistisch. In vorgeleiteter Nachmittagsstunde wurde gestern sogar auf französischer Seite davon gesprochen, die Konferenz zu vertagen und abzureisen und sofort ein unabhängiges Vorgehen gegen Deutschland auf der Grundlage wirtschaftlicher Sanktionen einzuleiten. Poincaré soll Lloyd George versichert haben, daß er nicht beabsichtige, irgend welche militärische Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen, was auch immer sich ereignen werde. Lloyd George ließ seinerseits erklären, daß, wenn Poincaré London Hals über Kopf verlasse und isoliert vorgehe, dieses das Ende der Entente bedeuten würde. Die Wirkung dieser Erklärung war, daß Poincaré Lloyd George einladet, heute früh das erste Frühstück mit ihm einzunehmen. Bei dieser Zusammenkunft betonte Poincaré seine Bereitschaft, einige Punkte seines Programms aufzugeben.

## London: Poincarés Ende.

Paris, 10. August.

In hiesigen politischen Kreisen ist man wegen der Haltung Poincarés in London sehr verstimmt. Man wirft ihm vor, daß er kläglich umgefallen sei und die Nationalen wenden sich, wenn auch noch nicht offen, aber doch deutlich genug gegen ihn. Der Bloß National hat ohne Zweifel eine Erschütterung erfahren. Bezeichnenderweise wird bereits ganz offen davon gesprochen, daß Poincaré die Londoner Konferenz kaum überleben werde.

## Das polnische Parteiwesen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Die Entwicklung der Verhältnisse in den Oststaaten macht in Anbetracht der deutschen Ostpolitik eine bessere Berücksichtigung in der deutschen Presse notwendig. Dem Rechnung tragend, veröffentlichen wir nachfolgenden Artikel:

Sich in das Parteiwesen eines fremden Landes einzuarbeiten, ist eine schwierige Aufgabe. Dies gilt selbst für Fälle, in denen es sich um Länder handelt, deren wirtschaftliche und geistige Grundlagen den unsrigen verwandt sind. In weit höherem Maße gilt das aber von einem Land wie Polen, das aus drei verschiedenen Stämmen mit verschiedener Tradition zusammengesetzt ist und auch in seinem Parteiwesen sich diesen neuen geschichtlichen Bedingungen entsprechend erst noch entwickeln muß.

Heute zeigt Polen politisch die Kennzeichen der Säugung und der Unreife. Dies äußert sich nicht nur darin, daß es unverhältnismäßig viele Parteien gibt, darunter naturgemäß eine Menge unbedeutender und vorübergehender Gründungen, sondern vor allem in dem Fehlen klarer politischer Programme. Wir sind gewohnt, daß in dem Programm einer großen Partei auf dem Hintergrunde einer bestimmten Weltanschauung ein wirtschaftliches und politisches System entwickelt wird, das die Stellung dieser Partei bis in die kleinsten Tagesfragen hinein regelt. In Polen ist das Parteiwesen erheblich primitiver, und vollends die kleinen Parteien sind vielfach nur die Folge persönlicher Ehrgeizes oder persönlicher Streitigkeiten.

Scharf umrissene, in ihren Zielen selbständige Parteibestimmungen gibt es in Polen eigentlich nur drei: Sozialisten, Bauern und Nationaldemokraten. Charakteristisch für polnische Verhältnisse ist, daß diese Hauptparteiengruppen sich im wesentlichen aus verschiedenen ehemaligen Teilgebieten rekrutieren. Die Hauptstütze der Nationaldemokratie ist Polen (und die Stadt Warschau), die Sozialisten haben ihren stärksten Anhang im früheren Kongresspolen, und die Bauernparteien rekrutieren sich zum größten Teil aus Galizien.

Ueber das sozialistische Programm ist besonderes nicht zu sagen. Das den Polen eigene starke Nationalgefühl läßt auch im polnischen Sozialismus bei nationalen Streitfragen internationale Gesinnung schwer aufkommen. Diese Eigentümlichkeit hindert aber auch den Fortschritt des Kommunismus in Polen, der überdies von den Behörden scharf unterdrückt wird.

Die Bauern sind in verschiedene Parteien gespalten, wobei außer Streitigkeiten der Führer auch die verschiedene Besitzgröße eine Rolle spielt. Alle Bauernparteien vertreten lediglich enge Ständesinteressen, wozu das niedrige kulturelle Niveau breiter Massen der bäuerlichen Bevölkerung stark beiträgt.

Interessant ist die Vorgeschichte der Nationaldemokratie. Ursprünglich war die nationaldemokratische Bewegung eine politische Unabhängigkeitsbewegung. Sie hatte daher in Galizien, wo die Polen keiner politischen Bedrückung ausgesetzt waren, nur geringe Erfolge. Umso mehr blühte sie in Polen. In Anbetracht der Wandelte sich die Nationaldemokratie unter dem Einfluß ihres Führers Dmowski allmählich zu einer russophilen Partei, die sich mit einem autonomen Polen im Rahmen des russischen Reiches begnügen wollte und in Deutschland den Erbfeind der Polen und der Slawen überhaupt sah. Zu dieser Wandlung der Nationaldemokratie hat die russische Revolution von 1917/18 stark beigetragen, denn sie erweckte in den sozialen Schichten, die die Nationaldemokratie trugen: Mittelstand, Industrie, Großgrundbesitz, die Angst vor dem Sozialismus. Heute ist die Nationaldemokratie, die außerdem eine extrem-meritokratische Partei ist, nicht nur die stärkste Gegnerin der Deutschen und Juden, sondern auch der Sozialisten. Daß sie es zu einer besonders einflussreichen Stellung gebracht hat, verdankt sie zum Teil ihrer ausgezeichneten und über viele Mittel verfügenden Organisation, z. T. aber auch dem Umstand, daß sie als einzige polnische Partei ein in sich geschlossenes, politisches Programm besitzt, das auch die Außenpolitik umfaßt. Alle übrigen polnischen Parteien leben in außerpolitischen Fragen von der Hand in den Mund, begnügen sich bald mit allgemeiner Redensarten, bald folgen sie opportunistischen Erwägungen. Die Nationaldemokratie dagegen vertritt konsequent das Ziel eines gesamt-polnischen Nationalstaates, befreundet mit der Entente, in erster Linie mit Frankreich, in guten Beziehungen zu Rußland, mit der Front gegen Deutschland. Für ein so einfaches und klares Programm ist natürlich auch der Beifall der Straße leicht zu gewinnen, und die Nationaldemokratie verfecht das auszunutzen. Die einzige außenpolitische Konzeption neben der nationaldemokratischen, die in Polen politische Bedeutung hat, ist der Gedanke eines föderalistischen Staatenbundes von den Balkanstaaten bis zur Ukraine, der vor allem einer Wiederherstellung Rußlands in seinen alten Grenzen vorheugen soll. Träger dieses Gedankens ist aber nicht eine mächtige Partei, sondern nur eine Gruppe um den Staatschef geistlicher Militärs und Intellektueller, das sogenannte Wolowdere, die bisherige Entwicklung ist bekanntlich durchaus nicht nach diesem Plan erfolgt.

Von den zahlreichen anderen, hier nicht genannten Parteien sind einige Faktionen der Nationaldemokratie, andere wiederum umschließt bald mehr liberal, bald mehr konservativ gestimmte Gruppen des Bürgertums. Mit Ausnahme etwa der Nationalen Arbeiterpartei, die, außer in reinen Klassenfragen, vor der Nationaldemokratie beeinflusst wird, und den galizischen Konservativen, die einen Teil ihrer Bedeutung aus der Zeit der österreichischen Herrschaft noch gerettet haben, sind alle diese kleinen Gruppen für das politische Leben Polens ohne große Bedeutung. Insbesondere hat die bürgerliche Demokratie in Polen es bisher immer nur zu schwachen und kurzlebigen Organisationen gebracht.

Freilich darf man bei einer Betrachtung des polnischen Parteienwesens nicht vergessen, daß in Polen viele Millionen Nicht-Polen: Deutsche, Juden, Ukrainer, Weißrussen, Litauer leben, die je nach ihrer nationalen Eigenart und der sozialen und kulturellen Schichtung ihrer Stammesangehörigen eine besondere eigentümliche Entwicklung ihres Parteienwesens haben. Da in Polen bisher leider eine Politik der Entrechtung der Minderheiten getrieben worden ist, besteht für Polen selbst die Gefahr, daß diese Minderheiten sich nicht organisch dem politischen Leben des Staates einfügen, sondern in Wahrung ihrer bedrohten Interessen eine oppositionelle Stellung einnehmen, vielleicht sogar als Minderheitenpartei einen einseitlichen Block bilden. Den Schaden von einer solchen Entwicklung würde Polen selbst haben, und die Verantwortung hierfür der polnische Chauvinismus, d. h. in erster Linie die Nationaldemokratie tragen.

## Ausprache mit Bayern.

SPD. Berlin, 9. August.

Die feindlichen Brüder sind nun also doch zusammengekommen. Endlich zusammengekommen. Der Notenkrieg zwischen Berlin und München hat — seien wir vorsichtig! — eine Unterbrechung erfahren. Vielleicht ist er zu Ende, vielleicht.

Heute früh begann kurz nach der Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin in der Reichskanzlei die erste große Ausprache zwischen den Vertretern des Reiches und den Vertretern Bayerns über die strittigen Fragen. Zunächst beriet man den gesamten Fragenkomplex. Dann löste man diesen Komplex in verschiedene Einzelfragen auf, über die sich die zuständigen Ressortminister zunächst verständigen sollen. Sind die Einzelberatungen zu Ende, dann geht das Ergebnis dieser Beratungen zurück zur Gesamtberatung. Wahrscheinlich wird sich dann noch das Reichskabinet für sich und das bayerische Kabinet für sich mit dem Ergebnis der Beratungen beschäftigen.

Man sieht, es ist schon ein recht umständliches Verfahren nötig, um im deutschen Reich einen häuslichen Zwist aus der Welt zu schaffen. Liebliche Perspektiven eröffnen sich da. Zurück hinter 1866!

Man muß schon zufrieden sein, daß die Ausprache zunächst in ruhiger und sachlicher Weise geführt wurde, daß nicht gleich eine Bombe platzte. Zwischen der Vormittagsberatung und den Nachmittagsberatungen gab es ein Frühstück beim Reichskanzler zu Ehren der bayerischen Gäste. Soweit also die — beinahe hätten wir gesagt: internationale — Höflichkeit in Frage kommt, kann man wohl kaum von einem „Canossagang“ sprechen. Die Reichsregierung und der Reichspräsident haben alles getan, um die Verhandlungsumgebung so brauchbar wie möglich zu gestalten. Hoffentlich zeigen die Wortführer Bayerns genügend innere Bereitschaft zu einer verständigen Lösung. Dieser Wille zur Einigung ist bei den Vertretern Bayerns um so nötiger, als ihnen ja München vor der Abreise stark die Hände gebunden hat. Graf Lerchenfeld muß erst den Segen der neugebildeten bayerischen Regierungskoalition zu seinen Abmachungen einholen. Lerchenfeld darf nicht mit leeren Händen kommen. Es ist nicht wenig, was er aus Berlin mitbringen soll. Er soll bringen: erstens eine besondere bayerische Abteilung bei der Reichskriminalpolizei, zweitens die Ausschreibung einer größeren Anzahl von Gegenständen aus dem Bereich des Staatsgerichtshofes zur Aburteilung in Bayern. Und drittens besondere Garantien für die bayerischen Hoheitsrechte.

Bis jetzt verlautet über den Verlauf der Verhandlungen noch kein Stierseiwortchen. Wir können uns auch nicht recht vorstellen, wie das Reich, wenn es sich nicht thronstellen will, diesen bayerischen Hauptforderungen irgendeine schöne Seite abgewinnen will. Mit einer besonderen bayerischen Abteilung bei der Reichskriminalpolizei wird nichts anderes erreicht, als daß die Rahe wieder auf ihre Füße springt. Ordnet Bayern seine Forderungen durch, dann bedeutet das Republik-Schutzgesetz innerhalb der weißblauen Grenzpfähle nichts, gar nichts. Das war ja gerade der Zweck der Übung: das Republik-Schutzgesetz, die Waffe gegen jenen Feind, der nach dem Wort des Reichskanzlers unmittelbar nach der Ernennung Rathenaus rechts steht, hartnäckig und stumpf zu machen.

München, 9. August. (Sig. Draht.)

Während die bayerische Delegation in Berlin mit der Reichsregierung verhandelt, führt die Münchener Presse die Seege gegen das Reich und die Sozialdemokratische Partei fort. So steht die „Staatszeitung“ heute Abend Alarmglocke in die Welt, als ob die pfälzischen Genossen im Einverständnis mit der französischen Besatzungsbehörde einen Putsch in der Pfalz planten, um die Pfalz von Bayern loszureißen. Es sei die „gewalttätige Vertreibung“ der bayerischen Regierung geplant. In maßgebenden politischen Kreisen erhalte sich mit aller Hartnäckigkeit das Gerücht, daß ein Zusammenstoß Badens, Hessens und der Pfalz zu einem neuen deutschen Staat in die Wege geleitet werde.

## Kompromißhoffnungen.

London, 9. August.

Trotz der Erklärungen Briggss, daß Lloyd George, wenn Poincaré auf seinen Vorschlägen besteht, dies als den Bruch der Entente ansehen werde, rechnet man immer noch mit der Möglichkeit, daß ein Kompromiß zustande kommt und daß Deutschland ein Moratorium wenigstens bis zum Inkrafttreten des Obersten Rates im Oktober gewährt werden kann. Lloyd George wird heute vor dem Inkrafttreten der Besetzung noch eine private Besprechung mit Poincaré haben.

## Abgabe der Internationale.

Brüssel, 9. August. (Drahtber.)

Am Montag und Dienstag tagten, wie der Sozialistische Parteivorstand mitteilt, im Belgischen Gewerkschaftsverband Vertreter der verschiedenen Gewerkschafts-Internationalen der Londoner Internationale und der Wiener Arbeiterbewegung, um gemäß dem auf der letzten gemeinsamen Arbeiterkongress beschlossenen Beschlüsse eine Enquete über die wirtschaftlichen Beziehungen in Deutschland vorzubereiten. Von der Gewerkschafts-Internationalen wurde erwartet, die Gewerkschaften und Arbeiter, von der Londoner Internationale die Gewerkschaften Dr. Adolf Braun, Braunauer und Louis Sauer. Die Wiener Arbeiterbewegung von dem

die Genossen Leon Blum, Danneberg und Wallhead vertreten. Die Konferenz einigte sich auf einen Plan, der von Leon Blum, Tom Cham und Bronquere ausgearbeitet worden war, und der sich mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland befaßt. Die verschiedenen Probleme wurden in einem Fragebogen zusammengestellt, an Hand dessen schon in den nächsten Tagen die Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beginnen soll. Das Untersuchungsergebnis soll bis Ende September bezw. Anfang Oktober fertiggestellt sein und dann in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden. Anschließend ist eine neue Konferenz beabsichtigt, die jedenfalls in Paris stattfinden wird, und deren Aufgabe sein soll, den beantworteten Fragebogen zur Grundlage endgültiger Beschlüsse zu machen.

Im Zusammenhang mit den zur Erörterung stehenden Fragen legt Danneberg der Konferenz einen Bericht über die österreichischen Verhältnisse vor. Der Bericht wurde mit großem Interesse aufgenommen. Beschlossen wurde, den Arbeitern aller Länder die Lebensbedingungen der österreichischen Arbeiterklasse bekanntzugeben. Diese Bekanntgabe betont die Notwendigkeit einer schnellen und tatkräftigen Hilfe und appelliert an alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, in diesem Sinne auf die Regierungen einzuwirken.

## Aus Polen.

SPD. Warschau, 9. August.

Minister Olszowski hat sich nach Posen begeben, um die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland zum Abschluß zu bringen. Zur Vorbereitung derselben hat er sich mit den in Frage kommenden Regierungsgesellschaften und den Vertretern von Handel und Industrie in Verbindung gesetzt. Die Beratungen werden sich erstrecken auf die Ausführung der am 8. Januar 1920 in Paris unterzeichneten Konventionen, auf den Abschluß eines Vertrages über die in der am 9. Januar 1922 in Paris abgeschlossenen Vereinbarung bezeichneten Gegenstände sowie auf die Nebereinkunft über die mit dem Friedensvertrag in Verbindung stehenden Angelegenheiten. Ein Teil der Verhandlungen wird in Warschau stattfinden, während die Schlussarbeiten in Dresden erledigt werden sollen. In Dresden wird man sich über den Erwerb der Staatsangehörigkeit und die Zurückforderung der Archive unterhalten. Da an diesen Verhandlungen vornehmlich die ehemaligen preussischen Landesstellen interessiert sind, werden eine ganze Reihe Kommissare aus den Reihen der deutschen Funktionäre entnommen werden.

SPD. Warschau, 9. August.

Der von der polnischen Regierung mit dem Abschluß von Auslandsanleihen beauftragte Abgeordnete Radziszewski hat von dem amerikanischen Finanzdelegierten bei der Friedenskonferenz die Mittelteil erhalten, daß Polen eine langfristige dreißigjährige Anleihe von 50 Millionen Dollar erhalten könne. Aus Neugier sind bereits Vertreter des in Frage kommenden amerikanischen Finanzkonflikts auf dem Wege nach Warschau, um die Anleiheverhandlungen auf Grund der im Frühjahr in Paris festgesetzten Bedingungen zum Abschluß zu bringen.

## Hunger in Tirol.

SPD. München, 9. August.

Innsbruck steht infolge der unverständlichen Fremdenpolitik der Tiroler Regierung und der Zerstörung der Zwangswirtschaft durch die herrschaftliche Landtagsmehrheit vor einer Hungerkatastrophe. Eine Kommission des gegenwärtig in Innsbruck tagenden Tiroler Gewerkschaftskongresses begab sich deshalb zum Landeshauptmann und stellte die folgende Forderung mit dem Ersuchen um sofortigen Vollzug auf:

1. Befehlsgabe der in den Hotels eingehenden fremden Zahlungsmittel.
2. Strenge Kontrolle des Kaufvertriebes.
3. Zentralisation des Einkaufs von Lebensmittelmitteln in den Händen des Staates und der Konsumvereine.
4. Zwangsbewirtschaftung der Kartoffelversorgung.

Ferner wurde der Innsbrucker Regierung gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß Lebensmittelaufstände in kürzester Zeit zu erwarten sind, falls nicht unverzüglich durchgegriffen wird.

## Sozialdemokrat und Kirche.

Gegen den sozialdemokratischen Pfarrer Eberlein in Stettin war vom Georgelichen Konsistorium ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, das damit endete, daß man Eberlein Urlaub bis zum Ende des Jahres anbot, wenn er dann aus dem Kirchendienst ausscheiden wollte. Eberlein nahm diesen Vorschlag an, aber der Oberkirchenrat lehnte am 17. Juli den Vergleich ab und das Konsistorium lies es nun Eberlein wissen, daß es das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung gegen ihn durchführen werde. Unter diesen Umständen hat, wie die SPD hören, Eberlein nach 11jähriger Pfarrertätigkeit auf Verurteilung und Titel als Pfarrer verzichtet, weil auch nach seiner Auffassung die Kluft zwischen den Idealen der Kirche und seine Weltanschauung unüberbrückbar groß geworden ist. Bei der Abchiedsfeier in der Gertrud-Kirche dankte der andere in der gleichen Gemeinde wirkende sozialdemokratische Geistliche Pastor Buchholz dem Pastor Eberlein noch einmal für sein selbstloses Wirken im Dienst der Gemeinde. Dann wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder des Gemeinde-Richterrats, die Anhänger der Pastoren Buchholz und Eberlein sind, ebenfalls ihre Ämter niedergelegt haben.

## Der erste Gefrier.

Gegler hat beabsichtigt im Reichstag anzufügen, daß gegen die Reichswehr erhobene Beschuldigungen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangt. Herr Gegler steht sich nun veranlaßt, folgenden Erlaß an die Reichswehr zu richten:

Ich lege Wert darauf, diese Aussagen der Truppe beizubehalten und dabei zum Ausdruck zu bringen, daß mir eine denartige Unterbrechung als der beste, wenn nicht einzige Weg erscheint, um die Unvermeidliche Propaganda gegen das Heer in aller Öffentlichkeit anzuführen, und bedauere die Parteien der Imperialisten im Reichstag zur Unterbrechung des durchaus loyalen Verhaltens der Reichswehr zu zwingen. Der Schluß der Reichswehr ist klar. Ihre Haltung und ihr Auftreten muß von jedem Unparteilichen gerade jetzt wieder in Oberblick analysiert werden. Wo Fehler vorliegen, die sich in einer so großen Gemeinschaft nicht ganz vermeiden lassen, werden sie abgestellt. Wir haben es nicht nötig, uns beschimpfen zu lassen und brauchen keine Unterbrechung zu hören.

Der Versuch der „sozialistischen Propaganda“, den der Reichspräsident hier erhebt, richtet sich vor allem auch gegen demokratische Angehörige, also die eigenen Parteigenossen des Reichspräsidenten. Es ist nicht ganz geheim gehalten, daß der albenbergische Reichspräsident, ein Demokrat, entgegen der letzten demo-

kratischen Parteiausführung in Berlin scharfe Angriffe nicht nur gegen die Reichswehr, sondern in besonderer auch gegen den Reichswehrminister richtete. — Will Herr Gegler diese Angriffe nun dadurch abwehren, daß er sich feierlich mit beschimpfenden Ausweisungen gegen die Reichstagsparteien meldet. Oder ist ihm der Erlaß nur von seinen Reichswehroffizieren diktiert worden, gegen die sich die Unterbrechung richten soll? Für den Geist des Reichswehrministeriums ist der Erlaß jedenfalls sehr charakteristisch.

## Zu den Waffensunden in Neisse.

macht WTB, folgende Mitteilungen: Nach einer Havasmeldung sollen von der interalliierten Kontrollkommission in der Festung Neisse 1000 Tonnen Kriegsmaterial gefunden worden sein. Die sofortigen Feststellungen haben ergeben, daß in der Tat in den längst geschlossenen Kasematzen der Festung Neisse in einigen von der Militärverwaltung nicht mehr benutzten Räumen Kriegsmaterial in größeren Mengen gefunden wurde. Entdeckt wurden unter anderem 543 Gewehre und Karabiner, 6 leichte und 8 schwere Maschinengewehre, außerdem große Mengen Pulver und Munition. Geschosse oder Minenwerfer sind nicht vorgefunden. Es ist anzunehmen, daß der größte Teil dieser Bestände vom sogenannten wilden Selbstschutz in Oberschlesien während der früheren Unruhen dort versteckt wurde. Der Umstand, daß außer dem Material auch Schrot vorgefunden wurde, legt die Vermutung nahe, daß ferner aus gewinnlüchtigen Zwecken Material dort versteckt wurde, um es bei Gelegenheit zu verwerten. Die Angabe der Havasmeldung, daß die deutschen Militärbehörden versucht hätten, die Nachforschungen zu erschweren, trifft nicht zu. Neisse ist keine Festung mehr, es befindet sich dort auch keine Kommandantur. Die Kontrollkommission bediente sich bei den Nachforschungen überhaupt nicht der Unterstützung militärischer Stellen, sondern der Polizei. Eine Unterfuchung des Vorfalles ist im Gange. Von irgendwelcher militärischer Bedeutung ist der Fund mit Rücksicht auf die geringe Zahl der vorgefundenen Waffen nicht.

## Gegen die Verheerung der Jugend.

Der Soz. Parlamentsdienst schreibt:

Der preussische Kultusminister Boelitz wendet sich in einem Erlaß an die Provinzialkollegien und die Regierungen gegen die Verheerung der Jugend. In ihm wird einleitend unter Hinweis auf die letzten Ereignisse die Notwendigkeit betont, die Jugend zu lebendiger Staatsgeföhrnung, zu einem Staatsideal zu erziehen, in dem Volksgefühl und Staatsgefühl sich durchdringen. Dieser Staat muß in dem Gewissen und dem Pflichtbewußtsein der Jugend gegründet sein, wenn er nicht in seinem Bestande bedroht sein soll. Die staatsbürgerliche Erziehung, diese wichtigste Aufgabe der deutschen Schule macht es erforderlich, daß von den Schülerinnen und Schülern alles ferngehalten wird, was geeignet wäre, sie in ihrer Staatsgeföhrnung zu verwirren oder sie gegen den Staat zu beeinflussen, dem sie einmal mit Hingebung dienen sollen. Der Minister weist dann auf die „planvollen Verheerungen jugendlicher gegen Staat und Staatsform“ hin und bedauert, daß eine Reihe von Jugendverbänden und Schülervereinen dem Erziehungswillen des Staates entgegenarbeiten. Der Minister verbietet daher den Schülern und Schülerinnen der ihm unterstellten Schulen Vereinigungen anzugehören oder an ihnen Veranstaltungen teilzunehmen, die sich gegen die geltende Staatsform wenden. Dasselbe gilt von Vereinen, welche die verfassungsmäßigen Grundrechte mißachten, Glieder der deutschen Volksgemeinschaft ihrer Abkunft, ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses wegen bekämpfen. Die Provinzialschulkollegien und Regierungen werden beauftragt, schleunigst für die Durchführung dieses Verbotes zu sorgen, das sich ohne weiteres auf diejenigen Vereine bezieht, die von der Reichs- oder Landesregierung oder ihren Organen allgemein verboten sind.

Die erwarten, daß es nicht nur bei diesem Erlaß bleibt, sondern das auch vom Staatsministerium mit aller Strenge gegen die Schulmänner vorgegangen wird, die es an der nötigen Energie zur Durchführung dieses Verbotes fehlen lassen.

Mißglückter Raistensturm auf den Bacio. Gestern Nacht veruchte eine Abteilung Faschisten die Redaktion des „Bacio“, das Organ Mitis, zu stürmen. Der Polizei gelang es aber, die Angreifer zu zerstreuen.

Beneß zum Rücktritt entschlossen. Ministerpräsident Dr. Beneß hat dem Präsidenten Massara sofort nach dessen Rückkehr seine Demission mitgeteilt. Der Präsident wird voraussichtlich den Abgeordneten Ewehla mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen.

SPD. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hatten unserem Genossen Auer herablassende Vorwürfe über seine politische Tätigkeit gemacht. Infolgedessen wurde gegen das Blatt ein Gerichtsverfahren wegen Beleidigung Auers, als Mitglied einer früheren republikanischen Regierung (Vorbereitung des Reichspräsidenten) angehängt.

Politikverbot in Jugoslawien. In Belgrad wurde der radikale Abgeordnete Gavrilovic von Unbekannten aus politischen Gründen ermordet.

## Börse.

Am Mittwoch herrschte im Vormittagsverkehr zwischen den Berliner Banken eine sehr feste Stimmung für Devisen, da nach den vorliegenden Londoner Meldungen die Spannung zwischen Frankreich und England einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte. An der Börse setzte der Dollar mit 800 ein und stieg bis auf 815. Als jedoch bekannt wurde, daß London ein Kompromiß unter Vermittlung des belgischen Ministerpräsidenten anbahnt, trat lebhaftes Angebot in ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Amlich notierten: Kabel New York 780, London 3470, Holland 30 300. Die Hauffe, die schon in den letzten Tagen am Montanmarkt beobachtet wurde, setzte sich in verstärktem Maße fort und ergriff fast alle Gebiete des Marktes der inländischen Dividendenpapiere. Die Bewegung ist so stark, daß sie unmöglich in inländischem Kapital gemacht sein kann. Lediglich sollen ja auch Großbanken bedeutende Kaufordres für französische, holländische, tschchoslowakische und schwedische Rechnung vorliegen haben. Die Ausländer bevorzugen in der Hauptsache Aktien von Kohlenbergwerken, Kalibergwerken, Terrangefellschaft und einigen Unternehmungen der elektrotechnischen, chemischen und Maschinenindustrie. Besonders gesucht sind die Aktien rheinischer Gesellschaften, die über ausgedehnten Grundbesitz verfügen. Die Kurssteigerungen betragen bei vielen Montanwerten 400 bis 700 Prozent. Bei den Aktien der weiter verarbeitenden Industrie waren Kurssteigerungen von 100 bis 200 Prozent vorherrschend.

# Schlafft die Regierung?

Die S. R. des Genossen Heilmann schreibt:  
Marktzug und Leuzerung nehmen immer fürchterlichere Formen an. Wo liegen die Ursachen? Für Reparationszwecke kauft die Reichsregierung schon seit einiger Zeit keine Devisen mehr. Die deutsche Handelsbilanz selbst ist nicht so passiv, daß die Mark in diesem Tempo stürzen müßte. Die Ursache des Zusammenbruchs der deutschen Währung ist die allgemeine Flucht der deutschen Kapitalisten aus der Mark. Wer immer in Deutschland Geld hat, nimmt Sicherungsaufkäufe in Devisen vor, weil er das Vertrauen zur deutschen Mark verloren hat, weil er sicher sein will, etwaige spätere Einkäufe im Ausland auch bezahlen zu können. Durch dieses System der Sicherungskäufe in Devisen ist die Kapitalnot entstanden, unter der, wenn sie sich so weiter entwickelt wie bisher, die deutsche Wirtschaft zusammenbrechen muß. Niemand will mehr deutsche Mark haben, weil er Angst hat, erheblich weniger Goldwert zurückzubekommen, als er ausgegeben hat. Und tatsächlich war es ja in den letzten Jahren vielfach so, daß nicht der Schuldner Zinsen zahlte, sondern daß ihm obendrein der Gläubiger ein Viertel oder die Hälfte seines Realkapitals überlassen mußte.

Mit den Sicherungskäufen in Devisen, welche die Kurse ins Unendliche treiben müssen, weil der reale Bedarf begrenzt, aber dieser Sicherungsbedarf gänzlich unbegrenzt ist, geht Hand in Hand eine wahnsinnige Preistreiberie der Schwerindustrie. Der Stahlbund hat, als die Mark auf einen Pfennig gesunken war, die Preise für Stabeisen und Walzisen auf mehr als das Hundertdreifache der Friedenspreise angehoben und ist seitdem ständig der Geldentwertung nicht etwa gefolgt, sondern ganz bedeutend vorausgeeilt. Ähnlich treiben es die anderen syndizierten Industrien. Läßt das Reich dieser Tendenz freien Spielraum, dann kann der Entwertung der deutschen Mark überhaupt nirgendwo mehr Einhalt geboten werden. Dann haben wir in wenigen Wochen überall dreifache Preise und damit den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch.

Als Drittes kommt hinzu der Lebensmittelskandal. Trotz der Unsicherheit der Ernterträge wandern Kartoffeln und Mais in die Brennerie, Gerste hausenweise in die Brauereien, Zucker in Unmengen in die Schokoladen- und Konfitüren-Fabriken. In den Privathaushaltungen fehlt hingegen der Zucker vollständig und die Hausfrauen werden sich über die Unmöglichkeit, irgendwelche Früchte einzumachen, schlecht genug damit trösten müssen, daß auch das Obst überall reichlich teuer ist. Jedenfalls sind wir beim Zucker aus der Kriegszwangswirtschaft in eine kapitalistische Zwangswirtschaft schlimmster Art geraten, die sich dadurch charakterisiert, daß auch bei hohen Preisen die Bevölkerung gänzlich unversorgt bleibt.

Und alle diese Zustände läßt die Reichsregierung schweigend geschehen, unartig sich zum Anheil entwickeln. Des Kanzlers allergetreueste Opposition, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum, haben dem Dr. Wirth freilich in den letzten Wochen so abgemattet, daß man seine Untätigkeit begreifen kann, zumal er auch noch die Last des Außenministeriums trägt. Aber schlafft das Wirtschaftsministerium? Bei der Reichsbank und beim Reichsernährungsministerium braucht man wohl erst nicht zu fragen, die schlafen schon seit Jahr und Tag den Schlaf des Gerechten und werden wohl sobald nicht aufwachen. Die Reichsbank mindestens solange nicht, als Herr v. Glasenapp und ähnliche bewährte kaiserliche Kräfte an ihrer Spitze stehen, und

das Ernährungsministerium nicht, solange es überhaupt noch besteht.

Aber die Arbeiterklasse kann diese Zustände nicht länger ruhig mit ansehen. Ist es denn so schwer, ist es denn etwa gar unmöglich, rasch praktisch durchgreifende Maßnahmen zu treffen? Was notwendigerweise geschehen muß, liegt geradezu auf der Hand. Auf wirtschaftlichem Gebiete muß die Ernährung gesichert werden, indem man die Lebensmittel zusammenhält und sie nicht wie alle möglichen Luxusgüter vergeudet. Die Ausfuhrabgaben müssen ganz bedeutend erhöht werden, um dem Reiche einen Teil der riesenhaften Ausfuhrerträge zuzuführen. (Ist inzwischen geschehen. Die Red.) Säumt das Reich noch länger, dann führt einfach das Ausland fortschreitend weitere Dumping-Zölle ein und leitet den Geldstrom in seine Kassen auf Kosten Deutschlands. Einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf die Ausfuhr und ganz vornehmlich die Einfuhr von Luxuswaren, die das Reich verhindern oder mit wirklich zupackenden Steuern belegen muß. Unerlässlich sind neue schärfere Maßnahmen gegen die Geldspekulation und die schamlose Devisenspekulation.

Vor allem aber muß die deutsche Regierung so rasch wie möglich ein Goldpapier schaffen. Mit der Goldanleihe, der berühmten Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark, ist das deutsche Volk bekanntlich schamlos begauert worden. Man hat aus der Milliarde Goldmark 70 Milliarden Papiermark gemacht, und die kapitalstarken Sachwertbesitzer müssen nun um so weniger Zwangsanleihe bezahlen, je tiefer der Wert der Mark sinkt. Man hat also das Gegenteil von dem erreicht, was mit der Besteuerung der Sachwerte oder der Goldzwangsanleihe erreicht werden sollte. Für eine ehrliche Goldzwangsanleihe ist jetzt der Raum versperrt. Aber eine Goldanleihe könnte die Regierung wenigstens auflegen, damit die deutschen Goldbesitzer nicht den allgemeinen Krieg haben, sich auf ausländische Goldwerte zu stützen und Devisen zu hamstern. Als Grundlage einer solchen Goldanleihe könnte der alte hachenburgische Plan des Reichswirtschaftsrates wieder aufgenommen werden. Aber vielleicht dauert selbst das zu lange; denn Schnelligkeit ist bei dem katastrophalen Sturz der deutschen Mark die erste Notwendigkeit für alle Schutzmaßnahmen. Vielleicht kann man also in aller Eile ein Goldpapier herausbringen, das durch den jetzt unbenutzt liegenden Goldrest der Reichsbank gedeckt sein könnte.

Aber ob im einzelnen diese oder jene Maßnahme ergriffen wird, die Hauptsache scheint uns, daß das Reichsministerium aus seinem Sommerschlaf aufwacht und endlich etwas tut, um die Verhältnisse zu meistern. Das alte kaiserliche Regime hat die Kriegsleiden und Hungersnöte ruhig solange anwachsen lassen, bis kein Mensch mehr die Revolution aufzuhalten vermochte. Die unauffällige Geldentwertung und die damit steigende Not der allerbreitesten Volkskreise ist die große Schanze der Kommunisten, und noch vielmehr der Monarchisten. Die alten kaiserlichen Bürokraten werden genau wie während des Krieges sich natürlich auch jetzt nicht in Bewegung setzen. Rame es auch diese Leute allein an, sie würden es zehnmal zur Revolution und Gegenrevolution treiben. Und selbst immer wieder auf den Boden der gegebenen Tatsachen treten und alle notwendigen Aktionen mit ihrem bürokratischen Bedenken solange verzögern, bis es zu spät ist. Aber schließlich sitzen doch jetzt in der Reichsregierung Politiker, die einen gewissen politischen Instinkt dafür haben müssen, daß die Verhältnisse sich unerträglich zuspitzen. Von ihnen verlangen wir Taten, der Katastrophe entgegen zu wirken!

gebehen können." So sieht die Not der Landwirtschaft aus, die angeblich durch den Preis des Umlagegetreides ruiniert wird. Wenn sie ein Fünftel von der Liebe zum Volke hätte, von der sie immer schwärmt, dann würde sie ohne zu murren das angebliche Opfer bringen. Da aber die Parole „bereichert Euch“ sie leitet, will sie von der Getreideumlage nichts wissen, die durchzuführen jede Regierung im Interesse der gesicherten Volksernährung verpflichtet ist.

## Traugott von Jagow's Ehrenhaft.

Die „Rote Fahne“ brachte kürzlich die Nachricht, daß der Festungsgefangene von Jagow in Gollnow von dem deutschnationalen pommerischen Landrat in Speik, Herrn von Flügge, öfters zum Diner oder zur Jagd persönlich in der Küche abgeholt werde. Dazu weiß der antike Preussische Pressedienst berichtend zu melden: Herr von Flügge ist bereits seit dem Jahre 1900 aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Im übrigen macht von Jagow lediglich die jedem Festungsgefangenen gestatteten üblichen Ausgänge unter strenger Einhaltung der allgemein bewilligten Urlaubszeit. Die Behauptung über eine Teilnahme an Dinern, Jagden oder irgendwelchen ähnlichen besonderen Veranstaltungen ist unrichtig.

Nehmen wir an, daß es richtig sei, so können wir ob Jagow's Schicksal ganz beruhigt sein. Direktor des Gefängnisses in Gollnow, wo Jagow seine „Ehrenhaft“ abbüßt, ist ein Herr von Puttkammer, also ein engster Klassengenosse des Häftlings. Daß der brave Polizeipräsident a. D. und Rapp-Minister dort etwa behandelte würde wie Toller in Niederhöfenfeld, brauchen wir nicht befürchten.

## Der Streit um den Bahnhofsbuchhandel.

Berlin, 7. August.

Der Reichsverkehrsminister hat auf die Anfrage des Abgeordneten D. Schreiber wie folgt geantwortet: Es ist unzutreffend, daß der Firma Stille ein Monopol für den Bahnhofsbuchhandel eingeräumt werden soll. Da die bisherigen preussischen, noch jetzt in Geltung befindlichen Bestimmungen über die Bucherhebungen es nicht ermöglichen, bei der Pachtfestsetzung der Geldentwertung in der wünschenswert schnellsten Weise zu folgen, werden neue, für das ganze Reich gültige Bestimmungen für die Bahnhofsbuchhandlungen vorbereitet, deren endgültige Feststellung binnen kurzem bevorsteht. In diesen Bedingungen ist eine Berechnung der Pacht nach Hundertteilen vom Umsatz vorgesehen. Um die daraus entstehende höhere Einnahme für die Reichskasse baldigst zu erreichen, ist für die mit der Firma Stille abgeschlossenen Verträge eine Umstellung der Pachtberechnung bereits vom 1. Juli 1922 ab in Aussicht genommen. Eine Ausdehnung der Stille-Verträge auf weitere Bahnhofsbuchhandlungen ist damit nicht verbunden. In den bisherigen Vertragsbeziehungen tritt also — abgesehen von der Pachtberechnung — eine Veränderung nicht ein. Die neuen Bestimmungen sollen mit den Verbänden der Schriftsteller, Verleger und Buchhändler besprochen werden. Ich beabsichtige, zu dieser Besprechung auch Mitglieder des Reichstages hinzuzuziehen.

## Volkswirtschaft.

### Die Preisdiktatur der Schwerindustrie.

Nachdem vor einigen Tagen der Stahlbund seine Richtpreise z. B. für Stabeisen auf 19 470 Mk. pro Tonne heraufgesetzt hatte, sah sich der Reichswirtschaftsminister veranlaßt, den Eisenwirtschaftsbund einzuberufen, um eine Stellungnahme sämtlicher an der Eisenindustrie beteiligten Kreise, insbesondere auch der Arbeitervertreter, zu dieser unerhörten Erhöhung der Walzisenpreise herbeizuführen. Der deutsche Stahlbund hat darauf mit einer erneuten Herausforderung geantwortet. Obwohl schon die erste Preiserhöhung bei der nicht von der Schwerindustrie bezahlten Preise starke Kritik erfahren hatte, beschloß er erneut eine Erhöhung der Preise, die sich bei Stabeisen auf 1700 Mk. stellt. Da zu dieser neuerlichen Erhöhung nicht der geringste Anlaß vorliegt, nachdem schon die letzten Stabeisenpreise gegen den Vorkriegsstand höher heraufgeschraubt waren als der Dollar, ist zu hoffen, daß der Eisenwirtschaftsbund nunmehr mit der Einhebung von Höchstpreisen ernst machen wird, und daß andernfalls der Reichswirtschaftsminister eingreift.

## Butterauktion.

D a m b u r g, 9. August.

### Weitere Steigerung.

Auf der heutigen Auktion der Metereverbände von Schleswig-Holstein zeigte sich infolge der etwas knapperen Zufuhren und der unverändert regen Nachfrage ein weiteres Steigen der Butterpreise. Diese bewegten sich von 129.—129,85 Mark das Pfund (gegen 102.—104,85 Mark am 2. August). Zu den obigen Preisen kommt noch ein Kavelingsgeld von 2 Prozent.

## Devisen-Kurse.

		Berlin, 10. August.	
		Ähnliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	
		9. August.	8. August.
Amsterdam	100 fl.	30262.10	29563.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	5992.50	5847.65
Kristiania	100 Kr.	13833.30	13053.65
Kopenhagen	100 Kr.	16654.15	16229.65
Stockholm	100 Kr.	20124.80	19675.10
Helsingfors	100 Finn. Mk.	1707.85	1609.95
Rom	100 Lire	3673.—	3475.65
London	1 £	3465.65	3400.70
New York	1 Doll.	779.02	762.04
Paris	100 Frs.	6352.05	6182.25
Zürich	100 Frs.	14981.25	14431.90
Madrid	100 Pesetas	12209.70	11735.80
Wien	100 K.	1.50½	1.45½
Prag	100 K.	1992.50	1875.65
Budapest	100 K.	62.93	49.43

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 10. August: D. Gauthiod von Stockholm in 2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Preussische Provinzialverwaltung August Schulz; für Informativ Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Jämlich in Lübeck.

## Eine neue Widerlegung der Dolchstoßlüge.

Die „Deutsche Tageszeitung“ vom Sonntag veröffentlicht einen Aufsatz des Oberleutnants Rohrbach über „Die Märzoffensive 1918“, die im Anschluß an ein gleichbetitelttes Buch von Otto Fehr (Verlag von Koechler, Leipzig 1921) an der Geldherkunft Lüdenscheiders außerordentlich scharfe Kritik übt. Ihren Fehlern wird die Schuld daran zugeschoben, daß diese großangelegte Offensive, die ungeheure Menschenopfer kostete, keine strategischen Erfolge zeitigte. In den damaligen Maßnahmen der D.S.R. sei „Mangel an starrer Führung“ nachzuweisen und zu weiches Nachgeben gegenüber zu weitgehenden aus dem Rahmen der Operation fallenden Offensivabsichten eines einzelnen Armees-Oberkommandos“. In diesem Sinne wird die mislungene Märzoffensive von 1918 mit der unglücklichen Marne-Schlacht von 1914 in Parallele gestellt. Darüber wird im einzelnen ausgeführt:

„Die sehr günstige weitere Entwicklung der Operation bis zum 25. März mit großem Geländegewinn an den inneren Flügeln der 17. und 2. Armee und großen Erfolgen bei der 18. Armee führte bei der D.S.R. zu ähnlicher Unterschätzung des Feindes wie bei der ersten deutschen D.S.R. vor der Marne-Schlacht 1914. Zwar war der Engländer empfindlich geschlagen, aber die ganze Macht der französischen Reserven konnte nun, den Bundesgenossen entlastend, eingreifen. Am grundlegenden Gedanken des deutschen Operationsplanes war gleichwohl festzuhalten; erst die Engländer gänzlich zertrümmern und bis auf die Küste zurückwerfen, dann erst den Schwerpunkt des Kampfes gegen die Franzosen legen. Aber im Gegensatz hierzu soll nur noch eine Armee, die 17., mit dafür unzureichenden Kräften die Operation gegen die Engländer weiterführen, während 2. und 18. Armee sich angreifswiese gegen die Linie Amiens—Montdidier—Noyon gegen die Franzosen wenden sollten. Die Operation wurde erzerratisch, der Kampfzogen immer größer, ohne daß wesentlicher Kräftezuwachs auf deutscher Seite erwartet werden konnte. Die Folgen zeigten sich sofort: Der Angriff der 17. Armee erstarb, auch der rechte Flügel der 2. Armee lief sich in wenigen Tagen fest, der weiter fortgesetzte Angriff der inneren Flügel der 2. und 18. Armee mußte bald den einen Punkt erreichen. Die Entschlüsse der D.S.R. werden schwebend und entbehren der Sicherheit des Erfolges: dem Schwergewicht des Angriffes gegen die Franzosen in Richtung Montdidier folgte wenige Tage später der Vorstoß gegen die Engländer bei Amiens. So mußte wegen unklarer Ziele und Mangels an Kräften die Märzoffensive sich festlaufen, weder vielfach an Geländegewinnen, die für uns äußerst ungünstig lagen, noch für die Abwehr der feindlichen Angriffe wie für Wiedererfassung der Offensive.

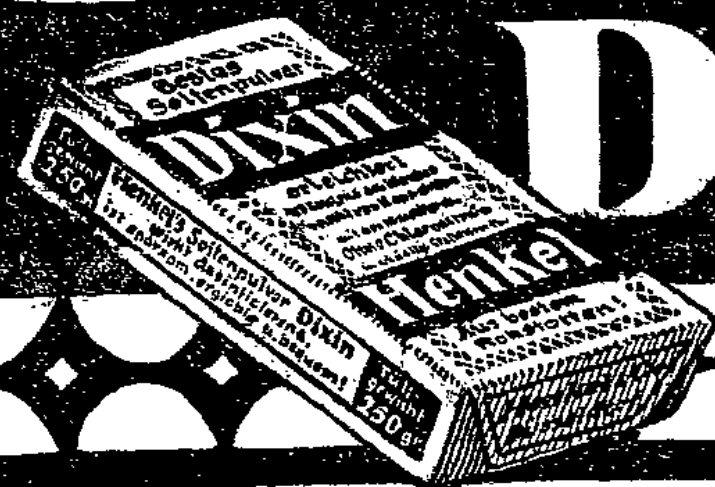
Wie nahe wir dem Ziele März 1918 gewesen, wissen wir jetzt aus den englisch-französischen Veröffentlichungen. Man konnte die Entfernung, die die Deutschen vom endgültigen Siege trennten, in Schritten messen, heißt es in einer englischen Darstellung. Wie leicht konnte also unsere D.S.R. zum Ziele kommen, wenn sie die

Kräfteverteilung und Nachführung der Reserven mehr im Sinne des ersten Operationsplanes bewirkt und bei der Durchführung der Operation ihr strategisches Ziel fest im Auge behalten hätte.“

In Wirklichkeit war der Krieg damals schon, infolge des Eingreifens Amerikas, politisch verloren. Große militärische Erfolge konnten aber in Verbindung mit einer klugen, maßvollen Politik Deutschlands Lage immer noch erheblich verbessern. Die D.S.R. hat nicht nur eine solche Kluge, das politische und wirtschaftliche Kräfteverhältnis berücksichtigende Politik mit aller Macht hintertrieben, sie hat auch, wie hier behauptet wird, durch ihre Fehler die militärischen Erfolge vereitelt, für deren Erzielung das deutsche Volk, wie noch nie ein anderes in der Welt, jahrelang geblutet und gehungert hatte. Dann brachen, einer nach dem andern, die Verbündeten Deutschlands zusammen. Was bleibt von der Dolchstoßlüge noch übrig?

## Die „Not“ der Landwirtschaft.

Der Vorsteher des Reichs-Landbundes, Reichstagsabg. Herr Hopp, ergreift in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ das Wort, um auch seinerseits zu beweisen, daß die Getreideumlage eine Unmöglichkeit ist und das die Durchführung des Gesetzes den Ruin der Landwirtschaft bedeuten würde. Er weist auf die Herabsetzung der Umlagemenge in einigen Provinzen des Westens hin und bedauert, daß durch die Herabsetzung der Freigrenze viele Kleinbetriebe und damit große Mengen des Getreides nicht erntet werden. Der Gedanke der Befreiung der Kleinbetriebe sei zwar richtig, man hätte aber diesen Gedanken nicht auf Kosten der Großbetriebe in die Tat umsetzen, sondern das Gesamtumlagegeld vermindern sollen. Mit anderen Worten: Befreiung der Kleinbetriebe, Schonung der Großen! Das ist zwar echt deutschnational, aber frei von jeder weltwirtschaftlichen Erkenntnis. Dann muß die nächste Witterung und der kletternde Dollar herhalten, um das Verlangen nach Milderung der Getreideumlage und höheren Profitten zu rechtfertigen. „Sagte man“ so fragt Herr Hopp, „auf der anderen Seite ermögen, daß der Preis für jedes Erzeugnis die Erzeugungskosten unter Berücksichtigung der Fortführung der Wirtschaft decken muß?“ Wir erlauben uns hierzu zu bemerken, daß, wenn die Fortführung der Wirtschaft tatsächlich in Frage gestellt sein sollte, dies nicht auf den „niedrigen“ Preis für einen Bestandteil des Getreides, sondern höchstens darauf zurückzuführen ist, daß die große Mehrzahl der Landwirte nicht versteht, ihren Verdienst nutzbringend in der Wirtschaft zu verwenden, sondern ihn vielmehr zu allerlei Luxusgütern verausgabt. Ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, Frau Hubner, die ausdrücklich betont, daß sie vom Lande ist, schrieb einmal im „Tag“ über diese Frage und sagte: „Die Weizen im Dorfe sprossen sich die Stäbe voll kostbarer Möbel, Klaviere, oder lezten ihre Schwäne in Brillanten und anderen „Goldwerten“ an.“ Sie stellt fest, daß schon der letzte Kartoffelpreis selbst von Landwirten „eine ganz unnötige Ueberbezahlung“ genannt wurde und ein Bekannter erklärte ihr, „die jetzige (vorjährige) Kartoffelernte habe ihm soniel gebracht, wie sein Gut (300 Morgen) im Frieden wert war. Wir wollen uns nichts vormachen: Die Landwirtschaft hat unter der Zwangswirtschaft des Krieges und der Nachkriegszeit recht gut



# Dixie

das dankbare  
Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:  
HENKEL & Co., DUSSELDORF

## Amtlicher Teil.

### Verfassungsfeier.

Für die Angehörigen der Mitglieder der Bürgerchaft liegt für die Verfassungsfeier am 11. August je eine Einladkarte zur südlichen Tribüne des Bürgerchaftssaales im Zimmer des Rathhausaufsehers (Erdgeschoss des Rathhauses links) zur Abholung bereit. (5445)  
Lübeck, den 10. August 1922.

Die Senatskanzlei.

Die unter dem Titel „Friedicus“ Nr. 1, 1. Jahrgang, erschienene Druckschrift, deren Druck und Verlag sich in München befinden, ist beschlagnahmt, weil sie eine Beschimpfung von Mitgliedern der republikanischen Regierung enthält. Vergehen gegen § 8 Nr. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922. (5424)  
Lübeck, den 9. August 1922.

### Das Polizeiamt.

### Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Senates vom 2. August 1922 werden die Gebühren der Schlachthofbetriebe ab 14. August 1922 wie folgt festgesetzt:

1. Schlachthof.	
a) Schlachtgebühren:	
für ein Kind oder Jungtind	Mk. 80.—
für ein fettes Kalb	30.—
für ein nuchternes Kalb, Lamm oder Lämme	20.—
für ein Schwein	Mk. 48.—
+ Zrithmenschau	8.—
für ein Schaf	25.—
für ein Pferd	80.—
b) Untersuchungsgebühren:	
für ein Kind, Jungtind oder Pferd	Mk. 9.—
für ein Schwein oder Kleinvieh	6.—
c) Untersuchungsgebühren für eingeführtes frisches Fleisch:	
für das Kilogramm	Mk. 0.50
d) Eintreibgebühren:	
für ein Kind, Jungtind od. Pferd	Mk. 15.—
für ein Schwein	10.—
für ein Kleinvieh	8.—
Bei Schlachtungen außerhalb der Betriebsstunden (Nachschichtungen) ist auf die unter a) b) und d) angeführten Gebühren ein Zuschlag von 100 n. S. zu zahlen.	
e) Freibantgebühren (Verordnung vom 8. November 1902):	
1. Für Benutzung der Freibant:	
für ein Kind oder Jungtind	Mk. 30.—
für ein Schwein	15.—
für ein Kleinvieh	7.50
für ein Kilogramm Fleisch	0.50
2. Für Benutzung der Freibant und des Desinfektors:	
für ein Kind oder Jungtind	Mk. 40.—
für ein Schwein	20.—
für ein Kleinvieh	10.—
für ein Kilogramm Fleisch	1.—
f) Vorkühgebühren:	
für ein Kind, Jungtind oder Pferd	Mk. 45.—
für ein Schwein	25.—
für ein Kleinvieh	15.—
2. Viehmärkte und Ausviehhof.	
Marktgebühren:	
für ein Kind oder Jungtind	Mk. 15.—
für ein Pferd	15.—
für ein Schwein	10.—
für ein Kleinvieh	8.—
3. Wegegebühren an dem Schlachthof, der Viehmärkte und dem Ausviehhof:	
für ein Kind, Jungtind od. Pferd	Mk. 5.—
für ein Schwein, Kleinvieh oder ein bis zwei Viertel Kind	5.—
für Teile eines Tieres als Gänge oder Laig pp.	2.—

### Die Betriebsbehörde.

5411) Abt. für den Schlachthof.

### Zahlung der Einkommensteuer.

Nachdem nunmehr die Aufstellung der Einkommensteuerbescheide für das Rechnungsjahr 1921 begonnen hat, werden nachstehend nochmals die Zahlungsvorschriften bekanntgegeben.  
Die 2. Rate der vorläufigen Einkommensteuer 1921, die am 15. 2. 1922 fällig war, wurde bekanntlich als erste Rate der vorläufigen Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1922 gebucht und zwar infolge durch Gesetz erfolgter Änderung des Rechnungsjahres, das bisher vom 1. 4.—31. 3. jeden Jahres lief und jetzt vom 1. 1.—31. 12. jeden Jahres läuft. Durch diese Änderung wird die endgültige Einkommensteuer für 1921 auch für 2 Jahre gleich 9 Monate (v. 1. 4. 21 bis 31. 12. 21) erhoben. Zur Anrechnung auf die endgültige Steuer für 1921, die nur also für 9 Monate erhoben wird, kommen infolge Umbuchung der 2. Rate (15. 2. 22) also, nur 3 Monatsraten und zwar die Raten 15. 5., 15. 8. und 15. 11. 1921.  
Bis zur Zustellung des Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1921 waren begun. sind die auf dem Steuerbescheid für 1920 angegebenen monatlichen Monatsraten nach 1922 weiter zu zahlen und zwar zum 15. März d. 22. 1922.

Nach Zustellung des Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1921 berechnen sich die weiteren Vorauszahlungen nach der unter Abschnitt B, Vorauszahlungen für die Kalenderjahre 1922 ff. angegebenen Summe (¼ der endgültigen Steuer) (Schuld für 1921).

Zusammenfassend:  
Jeder Steuerpflichtige, der einen Steuerbescheid, worin Vorauszahlungen gefordert werden, in Händen hat, hat in jedem Vierteljahr Vorauszahlungen in der angegebenen Höhe zu leisten, bis zum Empfang eines neuen Steuerbescheides. Von da ab sind die auf diesem neuen Steuerbescheid angegebenen Vorauszahlungen zu entrichten.  
Lübeck, den 8. August 1922. (5435)  
Das Finanzamt.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Versicherte trotz voller Ausübung der Berufstätigkeit Krankengeld erheben und sich dadurch wegen

### Betrugs strafbar

machen. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir in Zukunft jeden Fall bei dem zuständigen Amtsgericht zur Anzeige bringen werden. (5438)

### Landrentenkasse für die Provinz Lübeck.

5441) Der Vorstand.

Am 9. d. Mts. entließ an den Folgen eines Unglücksfalles unsere herzengute Mutter, Schwieger- u. Großmutter (5438)  
**Caroline Heiser, geb. Bettmann** im 68. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen  
**K. Heiser u. Frau F. Heiser u. Frau.**  
Lübeck, 10. Aug. 1922  
Augustenstr. 21 a.  
Trauerfeier: Montag, den 14. August, vorm. 9½ Uhr, in der Burgtor-Kapelle

1 Laufjunge od. Mädchen außer der Schulzeit 5427) Wühlfenstr. 7.

Berufstät. jg. Mädchen i. möbl. od. leeres Zim. m. Kochgelegenheit. Ang. u. A 321 an die Exp. (5428)

Schäferhündin zu verk. 5429) Hamnstr. 67, 2t.

Jg. Weibch. bill. z. v. 5439) Alfr. 27, part.

Mittagstisch (5444) Friedenstr. 43/45.

Am Sonntag, 23. 7., vor d. Bühnentor i. dr. Lederhandschuh verkaufen. Abg. z. Bel. Wigger, Johannisstr. 37. (5410)

Dr. Schwarzweller Freitag zurückgekehrt

Gesichte gesunde feine Steine, Bienenwachs u. Messing ange (5436)  
**Paul Lehrmann** Sudestr. 95.

Buchhandlung **Fr. Meyer & Co.** Johannisstr. 45.

Die Kunst der freien Rede. Von Fritz Müller. Mark 6.— Buchhandlung **Joh. Meyer & Co.** Lübeckstr. 44.

Freitag u. Sonnabend: **Pl. jg. nicht Raffinierter H. ger. Metzwort** Schokolade und Süßwaren **Fr. Kollmann** Röhlfenstr. 8.

### Sozialdemokratischer Verein Lübeck. Freitag, 11. August, abds. 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus:

### Verfassungsfeier

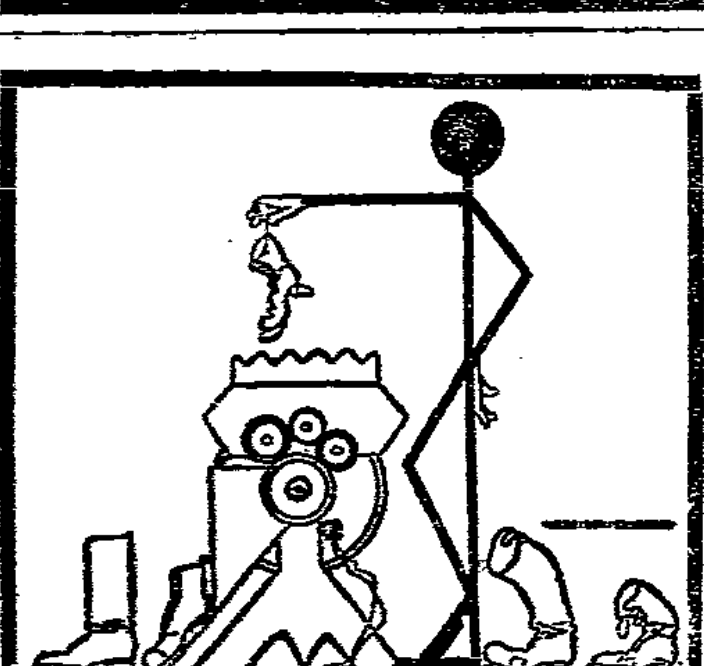
unter Mitwirkung des Chorvereins. Ansprache des Gen. P. Löwig.  
Hierauf:  
Mitglieder-Versammlung Tages-Ordnung:  
1. Der Parteitag in Augsburg. Redner: Gen. H. Wolfradt.  
2. Vorkprache.  
3. Beitragserhöhung.  
4. Wahl der Delegierten.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
5890) Der Vorstand.  
Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

### Weißer Engel. Großer Ball.

Jeden Sonntag und Freitag: (5420)  
**KOLOSSEUM** Morgen Freitag, den 11. August, ab 8 Uhr: (5440)  
**Garten-Konzert** Leitung: Kapellmeister Sulanke  
**Heilerer Künstler-Abend** unter Mitwirk. mehrerer erstkl. Künstler.

### Adlershorst. BALL.

Jeden Donnerstag: (5416)  
**Adlershorst. BALL.**  
Weit unter Fabrikpreis  
kauft jede Hausfrau in der (5419)  
**Südbeder Margarine-Zentrale**  
Holstenstr. 6. Markthalle.  
Schlußp. Wesloer Str. 28.



**Reform- Schuhwaren-Reparatur und Glepperei** mit separatem Warteraum.  
Spezialität: **Gummisohlen und Abfäße.**  
**Robert Jenken** Bückerstr. 50  
Telefon 2872. Fernspr. 2873. (5190)

### Deutscher Transportarbeiter-Verband. (5438)

Ortsverwaltung Lübeck.  
**Versammlung** der **Roll- und Blutwagentreiber** am Freitag, dem 11. August abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
**Stellungnahme zum Lohn tarif.** Die Ortsverwaltung.

Schleswig-Holsteiner **Kümmel 85% Fl. 62 Mk.**  
**Aquavit 85% Fl. 62 Mk.**  
**Aquavit 40% Fl. 68 Mk.**  
**Rum, Kognak, Arrak.**  
Sehr zu empfehlen:  
**Kräuter-Kraft-Likör** ¼ Flasche 40.— Mk. ¼ Flasche 78.— Mk.  
**Ernst Voss** Gr. Burgstr. 59. Fernruf 410. (5443)

**Möbel** Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.  
**Roldts Möbellager** Fischerg. 25/27.

**Gimerbier.** Freitag von 4—6 Uhr (5425) Brauerei Wilcken  
Bitte auszuheben!!!  
Meiner werten Kundschaft hiermit zur gefl. Kenntnis: (5438)  
**Wilhelm Blundts** Gelegenheitsläufe in Herren-, Jünglings- u. Arbeiter-Bekleidung  
jetzt Hartengrube 19 früher Erneutenstr. 17

**Für jeden Schuh**  
ob leerb, ob fein wird "Rotfrosch"-Pasta richtig sein  
**Erdal** putzt die Schuhe, pflegt das Leder  
Alleinhersteller: Werner & Merz-A.-G. Mainz (5419)

### Gimerbier

Jeden Freitag von 3—6 Uhr (5418) H. Bade.  
**Verband d. Brauerei- und Mühlenarbeiter** Zahlstelle Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung** am Sonnabend, d. 12. August abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 2. Quartal.  
2. Stellung zur Lohnfrage.  
3. Bericht vom Ortsauschub.  
4. Stellungnahme zur Verbandsratswahl.  
Um vollständiges und pünktliches Erscheinen eruchtet  
5432) Der Vorstand.

### Hansatheater.

Heute Donnerstag und folgende Tage 8 Uhr: (5422)  
**Der große durchschlagende Erfolg**  
*Doni vln*  
*Esoufalu*

**Stadtheater Lübeck** Freitag, 11. Aug. 7 Uhr. Festvorstell. zur Verfassungsfeier: *Fiesco*, Trauerspiel v. Schiller. 10. A.  
Sonnabend, 12. August, 7.30 Uhr. Volksbühne, Was ihr wollt. Lustspiel von Shakespeare. Einzeltartenverkauf an der Theaterkasse.  
Sonntag, 13. Aug. 2.30. Volksbühne: *Sra Dia*; 7.30. *Rigenerbaron*. Operette v. J. Strauß. Neuanmeldungen von Theaterabonnements an der Theaterkasse. (5523)  
Einlösung der Ab.-Karten für die Volkst. Konzerte **Mittwoch** nachmittag von 3 bis 5½ Uhr.

## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 10. August.

### Schlimme Zeiten.

Unser täglich Brot erfährt vom Sonnabend an eine gewaltige Wertverminderung. Der Preis wird verdoppelt. 29,50 resp. 32 Mk. kostet das Marktbrot. Das marktfreie, das bisher im Preise schwankte und etwa soviel kostete wie das auf Märkten abgegebene, wird sich dann wohl auf 64 Mk. steigern. Wäre es nach dem Willen der Agrarier und ihrer untergebenen Presse gegangen, dann hätten wir von der neuen Ernte ab überhaupt einen „Einheitspreis“ und zahlte wohl so rund hundert Mark für das Durchschnittsbrot. Gewisse Leute lieben glatte Rechnung, durch die ihnen jedoch auf eifriges Betreiben der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Streich gemacht wurde. Heute heulmeiert auch die Generalanzeigerpresse über die steigende Preis- kurve, am der sie die Schuld mitträgt. Und trotzdem öffnet sie noch kritiklos ihre Spalten den agrarischen Schnapphähnen und registriert eifrig jede Stimme kreisvereinerlicher Organisationen, die sich gegen zu hohe Umlageveranlagung oder zu niedrige Getreidepreise mokieren. Denn die Ausbeutung des Volkes war seit jeder Lebensprinzip der Agrarier. Sie haben ja jetzt eine faule Ausrede in der zweifelslos preisbreitenden Geldentwertung durch den Wertverlust. Zweifellos ist es aber auch, daß bei jedem Fallen der Mark für die Inhaber der agrarischen Produkte ein Extraprofit hängen bleibt, den das Volk mit dem Engerführten des Schmachtriemens quittieren muß.

Daß mit dem Wertverlust, Schindluder getrieben wird, ergibt sich recht deutlich aus einem Vorgang auf dem Bremer Markt. Dort wurde bis 9 Uhr morgens die Landbutter von den Händlern das Pfund für 100 Mark abgegeben; zwei Stunden später, als der Dollarkurs gestiegen war, für 120—130 Mark, die Molkereibutter für 140—150 Mark. In gleicher Weise zogen auch die Eierpreise an. Als die Marktbesucher ihren Unwillen über die wühlischen ungerechtfertigten, horrenden Preissteigerung zum Ausdruck brachten, meinte ein vorübergehender Kaufmann: „Ja, meine Herren, der Dollar ist gestiegen, dann ist man auch berechtigt, die Preise entsprechend zu steigern.“

Es handelt sich hier um Ware, die längst erzeugt und handelsreif war, für die also absolut jede Begründung für eine Preissteigerung fehlte. Ebenso läppisch wie diese Begründung ist die Ansicht der Molkereien von Wehe und Gesehmünde, die die Steigerung der Butterpreise mit der Erhöhung der Margarinepreise zu begründen versuchen. Auf dem Margarine- und Fettmarkt werden vier ebenbürtige Kettelfabrikate erleben. Rindigen doch die niederdeutschen Margarinefabrikanten bereits einen Preis von 90 Mk. per Pfund für die billigste Sorte an. Schmalz wird im Einkauf mit 112 Mark bezahlt.

Von Fleisch, Kartoffeln und Zucker gar nicht zu reden. Wie es auf diesem Gebiet noch werden soll, ist kaum auszubedenken. So berichtet das „Hbg. Jrbbl.“ aus Rendsburg, daß ein dortiger Händler ein 600 Pfund schweres Schwein für 42 1/2 Mk. kaufte. Somit kommt schon das Pfund Lebensgewicht auf mehr als 70 Mark zu stehen. — Nach derselben Quelle laufen in den Wäldern benachbarten Geestbüschen schon jetzt Händler die Herbstkartoffeln zum Preise von 600 Mark für den Zentner auf. Die Zuckerpreise unterliegen reiner Willkür. Die Großhandelspreise müßten meistens nach ausländischem Devisenkurs bezahlt werden. Was das heißt, kann daraus ersieht werden, daß Auslandszucker heute mit 4600—5000 Mk. pro Zentner gehandelt wird. Dazu kommen Raispfen und 25 Mk. Zuckersteuer, so daß schließlich der hohen Krachten und sonstigen Speisen das Pfund Auslandszucker auf 50—60 Mk. zu stehen kommt. Mit inländischer Ware hat sich die Industrie reichlich und zu billigem Preise eingedeckt, während die Bevölkerung jetzt meistens nur „Auslandsware“ erhält oder wenigstens bezahlen muß. Der freie Handel hat sich auch hier „glänzend bewährt“. Wie uns von sachverständiger Seite mitgeteilt wird, soll in diesem Jahre noch wesentlich billigerer deutscher Kartellzucker zur Verteilung kommen. Wahrscheinlich wird es aber auch hierbei einzelne geben, die sich auf die Bezeichnung Auslandsware berufen.

Die Teuerungswelle rast mit Macht über das sorgengebeugte Volk dahin. Nach einer besonderen Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ über Großhandelspreise tritt der katastrophale Charakter der gegenwärtigen Warenhäuser in den Indexziffern voll in Erscheinung. Der Index für Anfang August ist 13935, während er Anfang Juli sich auf 9140 befand. Wir haben also zwischen diesen beiden Stich- tagen eine Erhöhung der Warenpreise um mehr als 50 Prozent, und schon jetzt haben die Preise der wichtigsten Großhandelswaren den 139fachen Friedenspreis überschritten.

Da die Großhandelspreise denen des Kleinhandels voraus- eilen, werden wir mit einer noch gewaltigeren Teuerung zu rechnen haben. Sie dürfte besonders zur Geltung kommen bei Textilien und Leder, die schon nach der Reichsstatistik eine erhebliche Preissteigerung aufwiesen, nach der Frankf. Ztg. aber bereits das 219fache des Friedensstandes erreicht haben. Nach der gleichen Quelle wird jetzt z. B. der Herstellungspreis eines Paars Rindbockschuhe auf 1120 bis 1200 Mk. an- gegeben, Preise, wie sie bis jetzt im Kleinen Handel nur selten erreicht werden. Heute kosten in Lübeck ein Paar halbwegs brauchbare Schnürschuhe bereits 1500 Mark.

Ein Reil treibt den anderen. Wenn auch niemals aus dem Auge gelassen werden darf, daß die katastrophale Entwertung der Mark die Hauptursache der Teuerung bildet, so darf dabei doch nicht vergessen werden, daß sich im Warenprozeß eine große Anzahl Schmarozker und Schieber befinden, die es verstehen, auch die größte Not des Volkes zu ihren Gunsten auszunutzen. Ihnen muß das Handwerk gelegt werden.

Unter der Not haben die weitesten Kreise zu leiden, nicht zumeist der frühere sogenannte Mittelstand. Die Handwerksmeister, die auch eine gute Zeit hinter sich haben, fangen nun auch an zu jammern. Nebenbei versuchen sie ein politisches Mandat zu erlangen und schieben die Schuld auf die begehlichen Arbeiter. Der Lübecker Generalanzeiger ist wie immer so frei und drückt einen Bericht über den Verbandstag der Klempner und Installateure des Landesverbandes Nordens ab, wobei kritisch oder aus angeborener Bescheidenheit folgender Schwindel weiterverbreitet wird:

„Ueber die Not des Handwerks referierte Gutknecht-Hamburg. Er legte dar, daß der gewerbliche Mittelstand einer großen Erwerbslosigkeit entgegenstehe und stellte dem die geleh- nerenischen und steuerlichen Maßnahmen von Reich, Staat und Gemeinden gegenüber, die hauptsächlich den Mittelstand be- lasten. Jetzt regierten in Deutschland die Ge- werkschaften, die lediglich für den Arbeiter sorgten. Ein Klempnergehilfe in Hamburg verdiente jetzt 120 000 Mark jährlich, ein Einkommen, über das nicht viele Meister verfügen würden.“

Es erblicke ich, diesen Absatz zu zergliedern. Wir zitieren ihn nur, damit unsere Leser sehen, wie man im gegnerischen Lager versteht, der Ruf den Schwanz abzuschneiden. Die Agrarier und die Industriellen taten in die gleiche Färbung, warum sollen die Innungsmeister beiseite stehen. Ein Karnikel muß doch gefunden werden, also sucht man es bei den Gewerkschaften und Sozialdemokraten. Doch das eine steht fest: Will das Volk nicht ganz unter die Räder kommen, dann muß es allen Rückschrittlern den Laufpaß geben. Die Zeiten sind schlimm, sie würden aber noch schlimmer, wenn die Volkseinde wieder die Macht erlangen. Dann würde das Volk zu allem Elend auch noch die Peitsche fühlen.

Der Landvogt von Greifensee. Wir beginnen heute mit dem Abdruck der stimmungsvoollen Novelle „Der Landvogt von Greifen- see“, von Gottfried Keller. Eine der schönsten Erzählungen aus der Feder des großen Meisters. Die Handlung ist ungemein spannend. Liebe und Leid eines herzhaften, bodenständigen Junggesellen wird mit köstlicher Anmut geschildert. Unsere Frauen werden sich bald mit dem Landvogt von Greifensee und seinen fünf Geliebten befreunden und diese Perle alemannischen Humors schätzen lernen.

## Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

Am 13. Heumonats 1783, als am Kaiser-Heinrichs-Tag, wie er noch heute rot im Züricher Kalender steht, spazierte ein zahlreiches Publikum aus Stadt und Landchaft nach dem Dorfe Klöten an der Schaffhauserstrasse, zu Wagen, zu Pferde und zu Fuß. Denn auf den gelinden Anhöhen jener Gegend wollte der Oberst Salomon Landolt, damals Landvogt der Herrschaft Greifensee, das von ihm gegründete Korps der zürcherischen Schar- schützen mustern, üben und den Herren des Kriegsrates vorführen. Den Heiratsstag aber hatte er gewählt, weil ja doch, wie er sagte, die Hälfte der Militärschützen des üblichen Standes Zürich stets Heinrich heiße und das populäre Namensfest mit Festschmaus und Nichtstun zu feiern pflege, also durch eine Musterung nicht viel Schaden angerichtet werde.

Die Zuschauer erfreuten sich des ungewöhnlichen Anblickes der neuen, bisher unbekannteren Truppe, welche aus freiwilligen blühenden Junglingen in schlichter grüner Tracht bestand, ihrer raschen Bewegung in aufgelöster Ordnung, des selbständigen Vor- gehens des einzelnen Mannes mit seiner gezogenen, sicher treffenden Waffe, und vor allem des väterlichen Verhältnis, in welchem der Erstfinder und Leiter des ganzen Wesens zu den fröhlichen Gefellen stand.

Bald sah man sie weit zerstreut am Rande der Gehölze ver- schwinden, bald auf feinen Auf, während er auf rotglänzender Fußstute über die Höhen flag, in dunkler Kolonne an entfernten Orte erscheinen, bald in unmittelbarer Nähe mit lustigem Gefange vorüberziehen, um alsbald wieder an einem Tannenhügel aufzu- tauchen, von dessen Fauche sie nicht mehr zu unterscheiden waren. Alles ging so rasch und freudig vonstatten, daß der Ankundige keine Vorstellung besaß von der Arbeit und Mühe, welche der treffliche Mann sich hatte kosten lassen, als er seinem Vaterlande diese seine eigene Gabe vorbereitete.

Wie er nun schließlich, beim Klange der Waldhörner, die Jägerhar, die fünfhundert Mann betragen mochte, schellen Schritte dicht heraufsteuerte und blitzschnell zur Erholung und Heim- kehr auseinandergehen ließ, indem er sich selbst vom Pferde schwang, ebensovieglühend Ermüdung zeigend, als die Junglinge, da war jeder Mund seines Lobes voll. Anwesende Offiziere der in Frankreich und den Niederlanden stehenden Schweizerregimenter besprachen die wichtige Zukunft der neuen Waffe und trauten sich, daß die Heimat dergleichen selbständig und für sich hervorbringe; auch erinnerte man sich mit Wohlgefallen, wie sogar Friedrich der Große, als Landolt einst den Wandern bei Potsdam beigewohnt, den eifrig und unermüdetlich sich herumbewegenden Mann ins Auge gefaßt und zu sich beföhren, auch in wiederholten Unter-

handlungen versucht habe, denselben für seine Armee zu gewinnen. Besitze ja Landolt jetzt noch ein Handschreiben des großen Mannes, das er sorgfältiger als einen Liebesbrief aufbewahre.

Wohlgefällig gingen aller Augen an dem Landvogt, als er nun zu seinen Herren und Mitbürgern trat und allen Freunden torbald die Hand schüttelte. Er trug ein dunkelgrünes Kleid ohne alles Tressenwerk, helle Reithandschuhe und in den hohen Stiefeln weiße Stiefelmannschichten. Ein starker Degen beheldete die Seite, der Hut war nach Art der Offiziershüte aufgeschlagen. Im übrigen beschrieb ihn der gedächte Biograph folgendermaßen: „Wer ihn nur einmal gesehen hatte, konnte ihn nie wieder vergessen. Seine offene, heitere Stirn war hochgewölbt; die Adernase trat sanft gebogen aus dem Gesicht hervor; seine schmalen Lippen bil- deten keine, anmutige Linien und in den Mundwinkeln lag tief- sendend, aber nie vorfälschlich verwundende Satire hinter kaum be- merkbarem, launigem Räuseln verborgen. Die hellen braunen Augen blickten frei, fest und den innewohnenden Geist verflüchtend umher, ruhten mit unbefangener Freundschaft auf erfreulichen Gegenständen und blitzten, wenn Unwille die starken Brauen zu- sammenzog, durchdringend auf alles, was das ganze Gefühl des rechtshaffenen Mannes beleidigen konnte. Von mittlerer Statur, war sein Körper kräftig und regelmäßig gebaut, sein Anstand militärisch.“

Jügen wir dieser Beschreibung hinzu, daß er im Raden einen nicht eben schmächtigen Jopf trug und an jenem Tage Kaiser Heinrichs in seinem zweihundvierzigsten Jahre ging.

Unversehens erschielten die braunen Augen Gelegenheit, mit jener unbefangenen Freundschaft auf einem erfreulichen Gegenstande zu ruhen, als er an eine rosarote Staatsfahne herantrat, um deren Anfassern zu grüßen, die ihm die Hände entgegenstreckten; denn unvermutheter Weise war da auch ein aller- schönstes Frauenzimmer, das er einst wohl gekannt, aber seit Jahren nicht gesehen hatte. Sie mochte ungefähr fünfundsiebzig Jahre zählen, hatte lachende braune Augen, einen roten Mund, dunkelbraune Locken fielen auf den Spitzenbesatz, der den halb offenen Hals einfaßte, und haute sich reichlich über das schöne Haupt empor, von einem nach vorn geneigten feinem Strohhüte bedeckt. Sie trug ein weiß und grün gestreiftes Sommerkleid und in der Hand einen Sonnenschirm, den man jetzt für ästhetisch oder japanisch halten würde. Um übrigens unbegründete Vor- auslagen abzuschneiden, muß gleich bemerkt werden, daß sie längst verheiratet war und mehrere Kinder hatte, daß es sich mithin höchstens um vergangene Dinge handeln konnte zwischen ihr und dem Jägeroffizier. Kurz gesagt, es war das erste Mädchen ge- wesen, dem er einst sein Herz entgegengebracht und ein köstliches Körbchen abgenommen hatte. Ihr Name muß verschwiegen blei- ben, weil noch alle ihre Kinder in Ehren und Würden herum- laufen und wir müssen uns begnügen, sie mit demjenigen Namen zu bezeichnen, mit welchem Landolt sie in seinem Gedächtnisse be-

## Konferenz der Gewerkschaftsvorstände.

Richtlinien für künftige Lohnbewegungen.

Am Dienstag abend tagte im Gewerkschaftshaus eine Kon- ferenz der Gewerkschaftsvorstände. Genosse Dreger gab zunächst bekannt, daß auf Antrag des Vorstandes des Ortsausschusses das Landesversorgungsamt die Vorbereitungen für die Regelung der Kartoffelversorgung für den Winter getroffen hat und die Betriebsräte nun umgehend den Bedarf anmelden müßten. Vom Senat lag eine Einladung von 5 Mitgliedern des Ortsausschusses zu der am 11. August im Rathaus stattfindenden Versammlungs- feier vor. Es wurde beschlossen, 5 Mitglieder zu entsenden, die sogleich gewählt wurden.

Der Sitzungsentwurf über das Zusammenarbeiten des ADGB mit der IFA fand, da seit längerer Zeit bereits danach gearbeitet wird, ohne Debatte Annahme. Angenommen wurde auch der Sitzungsentwurf für den freigewerkschaftlichen Jugend- ausschuss. Zum Vorsitzenden dieses Ausschusses wurde Dreger und zum Stellvertreter Ehrenhold gewählt. Alsdann kamen die Richtlinien für künftige Lohnbewegungen zur Verhandlung. Genosse Dreger begründete die Notwendigkeit der Schaffung solcher Bestimmungen und erläuterte dann die wichtigsten Punkte derselben. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeitnehmer in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart haben gezeigt, daß die gewerkschaftliche Disziplin eine bedenkliche Loderung erfahren hat. Die Verechtigung dieser Kämpfe ist unbestreitbar, denn sie sind eine Folge der sozialen und wirtschaftlichen Not der Arbeit- nehmerschaft. Solange kein Stillstand im Steigen der Preise der lebensnotwendigen Bedürfnisse des Volkes eintritt, die Teuerungswelle im Gegenteil noch größer und gewaltiger wird, werden diese Kämpfe noch mehr wie bisher zu einer zwingenden Notwendigkeit werden, wenn das arbeitende Volk nicht seelisch und körperlich zugrunde gehen, sondern seine Arbeitskraft erhalten will. Wenn aber diese Kämpfe von Erfolg sein sollen, muß die alte erprobte gewerkschaftliche Disziplin erhalten bleiben. Das bedingt, daß Vorbereitung und Führung der wirtschaftlichen Kämpfe Sache der gewerkschaftlichen Organisation ist. Es muß künftig nach einheitlichen Grundsätzen gehandelt werden. Die statistischen Bestimmungen der einzelnen Organisationen sind allerdings noch wie vor zu beachten. Die Richtlinien lauten:

1. Die Vorbereitung und Führung der Lohnbewegung liegt in den Händen der Organisationsleitung, die zu ihrer Unter- stützung die verantwortlichen Funktionäre der betreffenden Grup- pen (Branchen, Sparten) heranzieht.
2. Streiks dürfen erst dann beschlossen werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind.
3. Sind an Lohnbewegungen in einer Industrie mehrere Organisationen beteiligt, so müssen sowohl an den Vorberei- tungen, als auch an der Führung derselben alle in Frage kommen- den Organisationsleitungen resp. deren verantwortliche Beauf- tragte teilnehmen. In diesen Industrien sind Lohn- resp. Tarif- komitees die hierfür geeigneten Organe. Sofern Lohn- oder Tarifkomitees noch nicht vorhanden sind, sind diese sogleich zu bilden.
4. In der Abstimmung über einen Streit in solchen Indus- trien müssen die organisierten Beschäftigten aller Organisationen teilnehmen können. Ein Beschluß über einen Streit hat nur dann Gültigkeit, wenn er den statistischen Bestimmungen der be- teiligten Gewerkschaften entspricht.
5. Ohne Verständigung mit den beteiligten Organisationen, resp. der Lohn- und Tarifkomitee, darf keine Disziplinierung eine Lohnbewegung einleiten, noch einen Streit sanktionieren.
6. Tritt eine Gruppe von Beschäftigten gegen den Willen der Organisation in einen Streit (sogen. wilden Streit) so darf keine Disziplinierung Streikunterstützung zahlen, bevor sie sich unter Angabe der sie hierbei leitenden Gründe mit den übrigen Organisationsleitungen verständigt hat. Kommt kein Einigung zustande, entscheidet der Vorstand des ADGB und der IFA end- gültig.

**PÜTZT EURE OFFEN NUR MIT GamaLine**

hielt. Er nannte sie nämlich den Diebstahl, wenn er an sie dachte.

Beide Personen erröteten leicht, da sie sich die Hand reichten, und bei der Einnahme von Erfrischungen im Löwen zu Klöten, wohin sich viele begaben, als Landolt neben die Frau zu sitzen kam, tat sie so freundlich und angelegentlich, wie wenn sie einst der verliebte Teil gewesen wäre. Es wurde ihm unangenehm zu Mut, wie er seit Jahren nicht gefühlt, und er unterließ sich auf das Beste mit dem sogenannten Diebstahl, der immer gleich jung zu sein schien.

Endlich aber begann der lange Sommertag sich zu neigen, und Landolt mußte auf den Rückweg denken, da er bis nach Greifensee, dessen Herrschaftsbezirk er seit zwei Jahren als Land- vogt regierte, gegen drei Wegstunden zurückzulegen hatte. Beim Abschied von der Gesellschaft entwickelte sich wie von selbst eine Einladung und Verabredung, daß die alte Freundin ihn einmal, Gemahl und Kinder mitbringend, auf dem Schlosse zu Greifensee überlassen solle.

Nachdenklich tritt er, nur von einem Diener begleitet, über Dietikon langsam nach Hause. Auf den Torfmooren wehte schon die Dämmerung; zur Rechten begann die Abendröte über den Waldbrüden zu verlagern, und zur Linken stieg der abnehmende Mond hinter den Gebirgszügen des zürcherischen Oberlandes herauf — eine Stimmung und Lage, in welcher der Landvogt erst recht aufzuleben, ganz Auge zu werden und nur dem stillen Balken der Natur zu lauschen pflegte. Heute aber stimmten ihn die glänzenden Himmelslichter und das Leise Wachen nach und fern noch feierlicher als gewöhnlich und heimatlich etwas weich, und als er den Empfang bedachte den er jener artigen Korbs- penderin entgegenbringen wollte, befiel ihn plötzlich der Wunsch, nicht nur diese, sondern auch noch drei oder vier weitere Stück schöne Wesen bei sich zu versammeln, zu denen er einst in ähn- lichen Beziehungen gestanden; genug, es erwachte, je weiter er, ritt, eine eigentliche Sehnsucht in ihm, alle die guten Lebens- werten, die er einst gern gehabt, auf einmal beisammen zu sehen und einen Tag mit ihnen zu verleben. Denn leider muß berichtet werden, daß der nun verhärtete Hagenstolz nicht immer so ungu- gänglich war und den Lockungen einig nur allzuwenig wider- stande hatte. Da gab es auf seinem Register der Nomenamen noch eine, die hieß Hanswurstel, eine andere, die hieß die Grasmüde, eine der Kapitän und eine vierte die Amiel, was mit dem Diebstahl zusammen fünf ausmachte. Die einen waren vermählt, die anderen noch nicht, aber alle waren wohl herbeizubringen, da er gegen keine sich einer Schuld brüwest war, und hätte er nicht Jügel und Gerle geführt, so würde er bereits vor keinem Berg- nigen die Hände gebunden haben, als er begann, sich vorzustellen, wie er die Schönen untereinander ins Benehmen setzen wollte, wie sie sich aufhielten und verkagen würden, und welche zierlicher Scherz ihm wünte, die reizende Familie zu bewirten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt.

Meuterei im Brandenburger Zuchthaus. Im dortigen Zuchthaus meuterten acht Zuchthäuser, die die Aufsicht überwältigten und wehrlos machten.

Der Ehrenobermeister - Betrüger. Vor längerer Zeit wurden der frühere Vorsitzende der Berliner Handwerkerkammer, Ehrenobermeister Kahardt, sein Sohn Erich und zehn weitere Personen unter der Beschuldigung des Betruges verhaftet.

Sport.

Am letzten Sonntag weilten die Silberäder hier zu Gaste, um gegen Vorwärts ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Beide Mannschaften des hiesigen Vereins konnten ihre Farben gut vertreten.

Wichtig! Vergesst nicht am Dienstag, dem 15. August, abends 6 1/2 Uhr, das große Spiel München - Lübeck. Das Trommler- und Pfeiferkorps hat sich ebenfalls wieder in Anerkennung Weise zur Verfügung gestellt.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Zur Vereinigung von Stadt und Provinz Lübeck leistet sich in den 'Anzeigen für das Fürstentum Lübeck' ein ungenannter Einsender einige unfreiwilige Scherze. Er folgert aus einem Zeitungsbericht über eine Besprechung in der demokratischen Partei Lübecks, daß Lübeck 'die Eingemeindung' politisch aufziehe!

Eine Plage für die Landarbeiter scheinen einige Industriearbeiter vom Hochofenwerk und einige Bahnarbeiter der Lübeck-Travemünder Bahn zu werden. Denn kaum kommen sie von ihrer Arbeit nach Hause, so sind sie schon in der Landwirtschaft beschäftigt und schädigen dadurch die Landarbeiter in ihren Lohnverhältnissen.

Neue Bücher.

Von Sehnsucht und Liebe. Unter diesem Sammelbegriff erschienen in Otto Wejells Verlag in Lübeck drei schmale Bändchen, deren Herausgeber Lehrer Hans Satow ist.

halten. - Die Mitglieder der Gruppenvorstände treffen sich eine Stunde früher.

Die Betriebsrätezentrale.

Stadtheater. Am Freitag wird bei festlich erleuchtetem Hause zur Verfassungsfeier Fiesco gegeben. Der Aufführung geht die Operette zu 'Cortolan' von L. v. Beethoven voraus.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Beamtenpflichten gegen die Rep. publik. Der Senat hat beschlossen, folgende Anweisung an die Behörden zu erlassen: Die durch das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik den Beamten besonders auferlegten Pflichten gelten in entsprechender Weise auch für die im Dienste der Behörden stehenden außerplanmäßigen Beamten, Angehörigen und Staatsarbeiter.

Spr. Ein Reichsfluggeschänder. Hier holte ein zur Kur weisender Auslandsdeutscher am Strande mehrere schwarz-rot-goldene Klappen herunter und zerriß sie. Nachdem andere Kurgäste 2000 Mark Belohnung für die Ermittlung des Täters ausgesetzt hatten und dieser festgehalten war, verfiel der Reichsanwalt, da eine Verhaftung durch die Westländer Behörden nicht erfolgte, sofortige Verhaftung des Auslandsdeutschen oder Sicherstellung von 50000 Mk. Diese Summe ist hinterlegt worden, während das Strafverfahren weitergeht.

Kloster. Von der Subertusgesellschaft. Daß die Orgel- und Subertusbrüder nach der Auflösung (auch des Stahlhelms) sich später unter die unverfänglichsten Namen vertragen haben, wie 'Bund der Niederdeutschen', 'Ring der Getreuen' ufm., ist bekannt. Aus Kurlow bei Wismar flog unserm Rostocker Bruderblatt folgender Zettel auf den Tisch:

100 M. Fahrt (Zweck und Ziel)
20 M. Verfl. G. der Reise nicht
15 M. Unkosten (erhöhtlich)
200.-
25.- Wärgsburg
20.-

Mittwoch Off. Vesper. Neubufow
Krobelin -
Wismar Ost 5 Deuts
Stabskaffe, Dispositionsfonds
Bilte 1. Seite Soll, 2. Seite Haben
Buri
4 Offiz., Versammlung Neubufow
gemeinsames Essen 9' Schönrock
1. einf. Gericht
Liste Kleinbeßig.

Auf der Rückseite deszettels fand sich nach den vorgezeichneten Daten, daß am 3. Juli Gehaltstag und am 11. Juli Kennen vorgelesen war. - Wer zu lesen versteht und wer die Schliche der militärisch organisierten Rechtspuschisten, besonders der mecklenburgischen, kennt, der weiß, daß auch dieser 'harmlose Zettel' ein Beweis für das Weiterbestehen der gegenrevolutionären Geheimorganisation ist.

Gewerkschaften.

Ein Notschrei der Getreueten.

Eine Anzahl russischer Genossen, die eine hervorragende Rolle in der russischen Gewerkschaftsbewegung spielen, haben an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam und an das Sekretariat des Internationalen Buchdruckerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem sie an die öffentliche Meinung der gewerkschaftlichen Internationale appellieren.

Die Entwicklung des privaten Kapitals und der staatlichen Trübe der Sowjetregierung, die die unphysischen Methoden der kapitalistischen Ausbeutung anwenden, stellt die russischen Arbeiter vor die Notwendigkeit, nach Schutzmaßnahmen Umschau zu halten, um ihre gewerkschaftlichen Interessen vor dem sich entfaltenden Kapital zu verteidigen.

Das Bündnis der halbgenossenschaftlichen Gewerkschaften mit der regierenden Partei und ihre finanzielle Abhängigkeit von dem staatlichen Apparat führt dahin, daß die erwähnten Gewerkschaften die Grundzüge der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital zu verwirklichen trachten. Zugleich führt das Bestreben, die Arbeiter im Sinne der herrschenden Politik zu beeinflussen, zu dem Ergebnis, daß die Gewerkschaften sich zu Vermittlern zwischen den Unternehmern und den Arbeitern degradieren.

Nach wie vor werden jene Verbände, die der kommunistischen Obrigkeit und der Gewerkschaftsbürokratie wegen ihres unabhängigen Charakters nicht genehm sind, als gefährlich wie das beispielweise Beispiel in Japan mit dem Buchdruckerverband der Fall war. Funktionäre der Gewerkschaften und der politischen Parteien werden verhaftet und in fernliegende Gouvernements verbannt.

Der russische Arbeiter, der in schlimmeren Verhältnissen und mit größerer Anspannung arbeitet als vor dem Kriege, einen geringeren Lohn erhält, kann dennoch nicht den Fragen der Arbeitsschlichter, der Wiederherstellung der Industrie, des Arbeiterkampfes etc. gleichgültig gegenüberstehen. Doch jeder selbständige Schritt der Arbeiter auf diesem Gebiete zeigt grell die tragische Einsamkeit der Arbeiter bei der Verteidigung ihrer Interessen, und wirft gleichzeitig helle Schlaglichter auf die wirkliche Natur der russischen Gewerkschaften, die ungenügend der eigenen Arbeiterklasse für die Methoden der gelben Organisationen angepaßt haben.

7. Wenn die Kraft der die Lohnbewegung führenden Organisation nicht ausreicht, den Kampf allein erfolgreich durchzuführen, so kann sie einen Antrag auf Hilfe aller Organisationen an den Ortsausschuß des ADGB und des Ortsstellens des Afa-Bundes stellen, sofern sie die Zustimmung des Hauptvorstandes der Organisation gefunden hat.

8. Diese Ausschüsse der örtlichen Spitzenorganisationen, ADGB und Afa-Bundes, haben in gemeinsamer Beratung unter Beachtung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zu prüfen, ob die Voraussetzungen für Hilfeleistung aller Organisationen gegeben sind und in welcher Form und in welchem Umfang dieselbe geleistet werden soll.

9. Beschließen die Ausschüsse, daß der Lohnkampf zur gemeinsamen Sache aller örtlichen Organisationen gemacht werden soll, so haben sie einen diesbezüglichen Antrag an eine a) gemeinsame Vorstands-Konferenz, b) gemeinsame Plenarversammlung des Ortsausschusses des ADGB und des Ortsstellens des Afa-Bundes zu stellen.

10. Erst dann, wenn die unter Ziffer 7-9 genannten Körperlichkeiten beschließen haben, können alle örtlichen Organisationen zur Hilfe für einen Lohnkampf aufgerufen werden.

11. Dem Aufruf zum gemeinsamen Kampf haben alle Organisationen Folge zu leisten.

12. Bei einem Solidaritätskampf aller Organisationen nimmt eine Vertretung der Ausschüsse des ADGB und des Ortsstellens des Afa-Bundes an der Streikleitung teil.

13. Wird durch eine Lohnschlichtung von einer oder mehreren Gruppen von Beschäftigten die unteilige Arbeitnehmerenschaft des ganzen oder eines erheblichen Teiles des Wirtschaftsbereichs Lübeck in Mitleidenschaft gezogen, so ist es Pflicht der die Bewegung führenden Organisationen, vor Eintritt in einen Streik eine Verständigung mit den Vertretern aller Arbeitnehmerorganisationen herbeizuführen. Auch die Lohn-, resp. Tarifartikeln sind nicht befreit, über einen solchen Streik allein zu entscheiden.

14. Notstandsarbeiten, ganz besonders in lebenswichtigen Betrieben, werden nach noch näher zu bestimmenden Richtlinien auf Anweisung der Organisationen von den an der Lohnbewegung beteiligten Arbeitnehmern selbst ausgeführt.

Ueber diese Richtlinien wurde eine ausgedehnte Debatte gepflogen. Fast alle Redner erkannten an, daß die Richtlinien einen guten Kern enthielten und daß es notwendig sei, Einseitlichkeit und ein besseres Zusammenarbeiten der einzelnen Gewerkschaften bei Lohn- und Tarifbewegungen herbeizuführen.

Zur Finanzierung des Gewerkschaftshauses erwies Genosse Dreger auf die gegründete Treuhandgesellschaft. Das Ziel ist ein eigenes Heim für die Gewerkschaften zu schaffen und dieses würdig auszustatten. Zunächst soll die Ausstattung verändert und renoviert werden.



Achtung Betriebsräte, Betriebsobleute, Bundesdelegierte!

Ist Grund eines Beschlusses des Ortsausschusses wurde vor ungefähr 2 Monaten an das Landesvorstandsamt Lübeck eine Eingabe gerichtet, in der das Landesvorstandsamt gebeten wurde, alles zu tun, um für das jetzt beginnende Wirtschaftsjahr die Verfassung der Lübecker Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen.



16. März

Leser von Freitag ab ein Oiber Vollmitglied in Lübeck. Nun können die Agrarier die Milch bald allein verzehren. Hoffentlich werden sie nicht daran. Die Kinder und das arbeitende Volk aber gehen dem Viechtum entgegen.



Ein 'Kinderernst'. Wegen Sittenvergehens, begangen an drei schulpflichtigen Mädchen, hatte sich der Schullehrer J. vor der Strafkammer zu verantworten. Der Gericht beschloß, während der Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen.



Der Unfall des Automeisters Geher auf dem Hochofenwerk werden wir vom Malermeister Sommer gebeten haben richten zu helfen, daß G. nicht vom Gerüst gestürzt ist, sondern daß er dieses ebenfalls des Malermeisters angebracht Gerüst verlassen hat, als ihm das Gerüst war. Sommer soll sich G. auf ein Sockelgebäude gestellt haben und hier während in die logenartige Kugel gefallen sein, wo er so unglücklich fiel, daß er tot liegen blieb.

Hinweise auf Versammlungen, Theater ufm.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute, Bundesdelegierte! Am Donnerstag, dem 16. d. M., 7 1/2 Uhr, abends findet eine Versammlung der B.-R. statt. Bitte kommen diesen Tag pünktig zu

16 und 17 9 unter 18 und 25 unter 10 Jahren gesteuert; im Jahre 1917 2 Mädchen unter 17, 5 unter 18 und 14 unter 19 Jahren. Ein Mann über 60 Jahre verheiratet sich in Preußen 7 Mädchen unter 17, 8 unter 18 und 10 unter 19 Jahren; im Jahre 1917 2 Mädchen unter 17, 2 unter 18 und 5 unter 19 Jahren.

Was zum Schluss die Mädchen unter 16 Jahren anlangt, so ist der Anteil ihrer Ehemänner nach der preussischen Statistik 38 bis 39 Jahre, nach der des Reichs 27 bis 28 Jahre alt. Ein noch höheres Alter des Ehemannes würde in diesen Fällen auch zu unnatürlich und ungesund sein.

### Spaßige Geschichte.

Von John Brinkman.

Ein ganz originelles Reel mit he wesen sin. Das kann man all daran wies weern, dat he immer flinkweg plattdütsch prof un dat he all sine wuschenten mit bu anredel  
Wenmal wör en Derrnstrassen bodestrant worn, un Dr. Strump muß gau komen. „Wo liggt se denn?“ frog he, as he int hus kam. „Zwei Treppen hoch auf ihrer Kammer“, ja de Susies ton. „Zwei Treppen hoch auf ihrer Kammer“, ja de de Rake, „loß ich auch lieber mitgehen?“ — „Nö, nicht nödich is genug, wenn een olet Mensch de beiden Treppen rupplatern müß!“ — De Fro will erst noch watt leggen von wegen dat oplet Müß, aber dor wör de Dokter all hauf haben.  
Als he in de Kamer ankam, seel de Doern in'n Sed un Inchte verziogt über't ganze Gesicht.  
„Du süß ja so gesund ut as en triepen Appel. Du wüßt uns woll fer'n Karren hebben. Seeg, wat seßt Di?“  
„Hids!“  
„An denn läßt Du mi halen un de beiden Treppen herup-topen?“  
„Wat süßst ion Kranz?“  
„Das wüß ich Sie sagen, Herr Doktor, das is man von wegen die Müßige. Die hat mit schon wieder kein Lohn von vergangen Monat gegeben, un denn werd ich einfach krank un leg mich so lange im Bette, bis daß sie mich die Gröschens tauslangent tut!“  
„So, un dol seipst?“  
„Das heßt immer, Herr Doktor!“  
„Ne, denn gah dar man en böten wider hen, is heß iain Welt von vergah'n Jahr of noch nicht!“

### Frauen über Liebe und Ehe.

Marie Chenerebach: Jedes brave eheliche Verhältnis endet mit Trennung. — Keine fassbare Behauptung als die, jeder Mensch müsse im Leben wenigstens einmal lieben. Im Gegenteil: die „wahre“, die furchtbare Liebe gehört den Sektanten und ihre Hebeln sind an den Fingern herauszuzählen, wie überhandt alle Hebeln. Ich halte die Liebe für das gräulichste aller Mittel, welche die ärmende Gottlosigkeit erfunden hat, um ihre Geschöpfe heimgzuführen.

### Bübeder Schwachheit.

Verarbeitet von G. Dittmar.

Von H. K. Heubelt in Prag.

8																				
7																				
6																				
5																				
4																				
3																				
2																				
1																				
	a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t

Aufgabe Nr. 8 ist ein Graequis der böhmischen Problemfamilie. Welche, durchgängige Stellung, längende Opfermengen zeigen diese Problemlöser aus und bilden somit die Lieblichen der Lösung.

### Auffösungen.

Nr. 8. 1. T68, K68. 2. e71 (2, 3K66) 68, 4T68 und ge-winnt. 3. ... K67, 4T68. Zur Verhinderung einer Medienlösung durch 17a7 ist ein schwarzer Bauer auf c5 nachzutragen. Gelöst von B. Ahrens.

Nr. 4. 1. De7 und nun ist der König in einem Matinee, 2. es wird Dame # Gelöst von B. Ahrens u. O. Müller.

Die Menge der Abgründe, die den anstehenden Schwachstellen auf Schritt und Tritt mit sofortigen Herbeiden bedrohen, ist erschreckend groß. Schon der alte Perillus warnte vor dem sogenannten Staremat. 1. f4, e6, 2. f4, D14 matt. Nicht minder gefährlich ist das Schachermatt. 1. e4, e5. 2. Le4, Se6. 3. Df6, Sd4. 4. DX7 matt.

Die folgenden Ausführungen wollen nun dem Schachjünger einige Winde geben, wie er sich beim Schachstudium zu verhalten hat. Zunächst ist wohl selbstverständlich, daß sich der Anfänger nicht an die blickliche Fortsetzung machen wird, sondern an ein tiefes Nachdenken. Eines der besten ist wohl noch immer der kleine Duffreine. Erste Aufgabe ist es nun, sich die sogenannten Grundregeln des Spiels fest einzuprägen. Dazu gehören vor allem auch die acht vernunftvollsten Vorschriften über die Rechte und besonders die Notation, denn ohne diese ist eine geordnete theoretische Ausbildung ausgeschlossen. Der Schüler muß sich auf den 64 Feldern auskennen wie der Bauerkämpfer auf den Rollen. Sind nun die erwähnten Regeln in Fleisch und Blut übergegangen, so lasse man zunächst das Buch beiseite und suche sich einen Partner, der bereits über diese Schritte hinaus ist. Denn jetzt handelt es sich darum, das Gelernte praktisch zu verwerten, sich an den Wandel der mannigfachen Figurenbilder zu gewöhnen. Nie nehme man vor allem einen Zug zurück, und ersticke uns der Gegner auch noch so oft mit dem berühmten Schachermatt. Ist man so weit vorgedrungen, daß Erwähnungen wie 1h4, 2h2 als unzweifelhaft erkannt sind, dann wieder, neben eifrigem Spiel am Brett, zurück zum Buch, zu den Erklärungen (Endspiele usw.). Hier spielen wir zunächst etwa die Hauptvarianten des Königs- und Königsrocks durch. 1. e4, e5. 2. Sd3. Der Lernende lasse sich über jeden Zug klar Rechenschaft zu geben. Man vertiefe immer erst die meist schon durch ein (?) hervorgehobenen Hauptvarianten an. Ein oft zu wenig beachtetes Grundgesetz ist der, sich in den Geist der Eröffnung recht hinein zu denken. Nur hierdurch wird die unfaßliche Gedächtnismäßigkeit der Eröffnung gestiftet. So wäre es z. B. gegen den Geist der Eröffnung, sollte man nach den Zügen 1. e4, e5. 2. Sd3, Se3. 3. Lf4, g4. 4. 44 nun mit Lc7 fortführen, denn 3. g5 wäre dann nur eine bedeutungslose Schwächung der schwarzen Bauernstellung. Gehen wir endlich noch eine Methode zur Erlernung des Mittelspiels an. Es wäre vergebliche Mühe, denn nie werden sich die subtilsten Möglichkeiten gerade in diesem Teile der Partie in irgendeiner Weise offenbaren lassen. Dem beschriebenen Schwachstellen werden unwillkürlich Stellenungen beigegeben, wo keine Weisheit zu Ende ist, wo nicht er die Seite, sondern ungeliebt die Seite zu führen. Immerhin empfiehlt es sich, Meisterpartien dieses durchzuführen. Wir geben im folgenden einige für den Anfänger sehr instructive Partien.

Partie Nr. 1. Weiß: Der See-Tabatt mit lebenden Figuren  
1 e4, e5  
2 Sd3, d6  
3 Le4, h6  
4 Se6, Lg4  
5 Sxg6, Lx4d1  
6 Lx7, Kc7  
7 Se6 matt

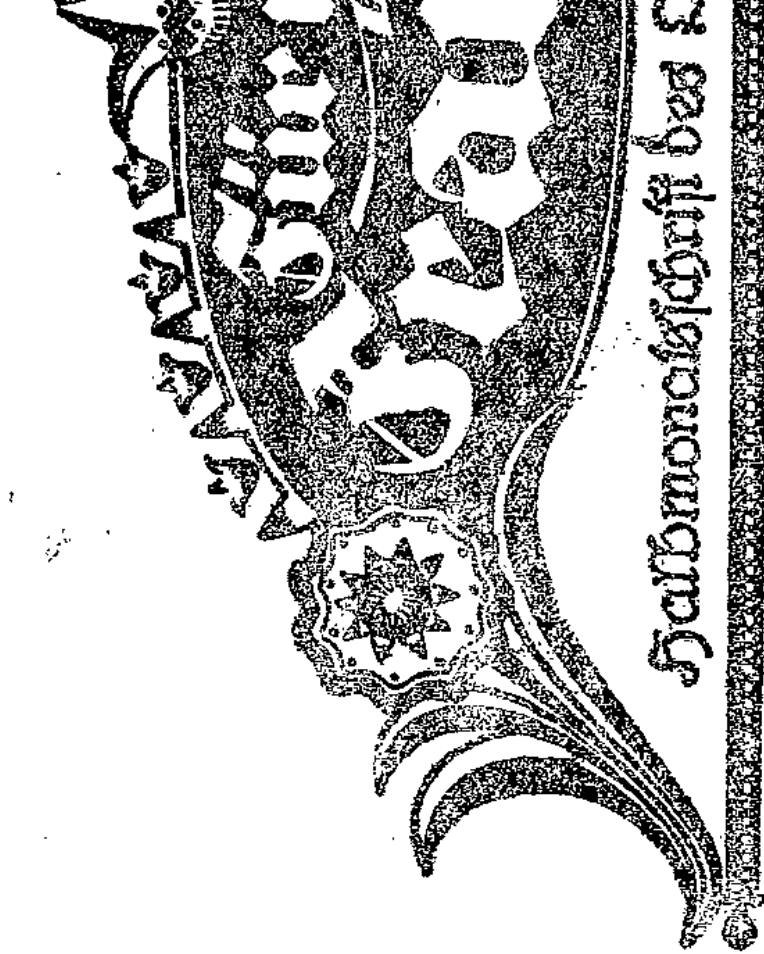
Partie Nr. 2. Weiß: Freyer. Schwarz: Palla.  
1 e4, e5  
2 Sd3, Se6  
3 Se6, f5  
4 d4, fxe4  
5 Sxe5, Sd6  
6 Le4, d5  
7 Sxe5, Lx4d1  
8 Df6, g6  
9 Sxg6, Sxg6  
10 Dxe6, Kc7  
11 Lxe6, De6  
12 Lf7, De7  
13 Lg6 und gewinnt.

Schlingen und Anfragen tichte man an den Lübeder Arbeiter-Schachverein, Spielabend Mittwoch und Sonnabends, 8 Uhr, West. Kraule, Dr. Würgler, 46.

Der Krieg ist die Quelle alles Übels und Sittensverderbnis, das größte Hindernis des Fortschritts.

Des Menschengeschicktes Brandmal alle Tausenderte durch der unsterblichen Sülle taustestes, schrecklichstes Hörsiegellichter ist der Krieg.

Krieg ist der größten Sitten eine, als der zerstört und nimmt weg die Religion, weltlich und häuslich Regiment. Alles liegt barmherzig, Feuerung und Pestilenz sind wie Tausendwände und nicht zu vergessenen mit Krieg.



Halbmonatschrift des Lübeder Postboten

Nummer 14

Donnerstag, 10. August.

Jahrgang 1922

### Ehret die Frauen.

Von Anna Kos, Stuttgart.

Wie schönen Hebearten, wie und warum man die Frauen ehren soll, hat es niemals gefehlt. Das Ehren war eine ständige so sehr an der Tagesordnung, daß man vor lauter Ehren gar nicht daran gedacht hat, ob es den Frauen genügt, wenn sie ge-ehrt werden, d. h. daß man sie anbietet, daß man ihnen bestenfalls eine schwere Last abnimmt oder den Mantel trägt, oder daß mancher spöttisch aufspricht, wenn es an Ehrlagen mangelt. Diese Art Ehrung kam übrigens auch immer nur einer gewissen Kategorie von Frauen zugute, z. B. den Frauen, die himmlische Rollen aus irdische Leiden flachten und weben konnten, eine Tätigkeit, die aus materiellen Gründen sehr vielen Frauen verweigert war. Sie mußten neben ihrer Erwerbsarbeit noch so viel Hausarbeiten verrichten, daß ihnen zum Kochen und Waschen der himmlischen Rollen nicht genug Zeit verblieb.

Wie war es nun mit der Verehrung, welche die Frau zu allen Zeiten genoß und die sich nicht nur in diätetischen Ehren-geu äußerte? Laut altem Testament war mit Eva, der Stamm-mutter des Menschengeschlechtes alle Sünde und alles Unglück über die Menschheit gekommen. Darum durfte die Hebräerin gleich den Kindern und Sklaven das Gesetz nicht verüben. Nach dem Glücken der Ehre hat nur der Mann eine unerschöpfliche Seele. Brahama verbietet dem Weib, das heilige Buch der In-dier, die Weda zu lesen. Nach dem Koran blieb den Frauen das Tor zum Paradies vergeschlossen. Aber nach dem Talmud hatte die Frau einen gewissen Wert, nicht etwa nach ihrer Person oder Leistung, sondern nach der Mithel, die sie in die Er-milbrachte.

In Griechenland war die Frau, wie im Orient, willenlos Eigentum des Mannes. Der Vater wie der Vormund konnten sie, wenn sie wollten, zur Gattin geben. Der Gatte konnte sie ver-kaufen oder verkaufen. Nieß sie unfruchtbar, so galt es als Verbrechen gegen die Götter, wenn sie nicht verheiratet wurde. So gar Plato, der die Stellung der Frauen verhältnismäßig hoch einschätzte, weil sie dem Staat Kinder gebären, sagt, daß alle feigen und unvernünftigen Männer bei der Wiedergeburt „weiblich“ zu Weibern würden.

Bei den Römern stand die Frau als Eigentümerin eines Ver-mögens unter gelegentlichem Schutz. Sie durfte aber weder ein Testament, noch Geschenke, noch Schulden machen. Nur in einem Punkt genoß sie während der Mithelzeit der Republik dieselben Rechte wie der Mann. Sie hatte Zutritt zum Forum und konnte sowohl in eigener wie in fremder Sache als Kläger oder Verteidiger auftreten. Doch hatten die Römerinnen, so lange ihre Zahl noch klein war, eine gewisse Verehrung, die sich bestirnte das moralische Weltbild in Rom einsetzte. Später verloren sie die fentischen, ausgeschlossenen, können daher weder Richter sein noch Weisheit, ausgeschlossenen, können daher weder Richter sein noch Verwaltungsbearbeitung noch können sie klagen oder für andere als Beistände oder als Sachverständiger vor Gericht auftreten. Be-gründet wurde dieses Verbot folgendermaßen: „Frauen und Sklaven vermögen öffentliche Aemter nicht auszufüllen.“

Nach dem ersten Weltkriege, das durch die römische Kirche einem germanischen Volke gegeben wurde, galt das Leben des Weibes nur halb so viel als das des Mannes, denn ihren Mit-bern wurde nur die halbe Höhe aufgelegt. Die Germanen der gegen forderten von dem Mörder einer Frau ein zweimal höhe-res Betrag als von dem Mörder eines Mannes.

Auf dem Concil zu Macon wurde zur Zeit Ludwigs erörtert, ob die Frauen eine Seele haben, und fast gleichzeitig wurde von protestantischer Seite in einundfünfzig Thesen nachgewiesen ge-lucht, daß die Frauen überhaupt keine Menschen wären.

Bis in das 13. Jahrhundert hinein konnte nicht nur der Mörder oder der Vormund keine Tochter, resp. sein Mündel verheiraten, mit wem er wollte. Sogar der Mann konnte seine Frau verheiraten, oder im Notfall auch verkaufen.

Unter den Karolingern konnte der Herr die hürige Frau, falls ihm nichts gefiehl und kein Ersatz für sie gefordert wurde, gewalt-sam ihrem Gatten entreißen und in seine Dienstherrschaft zwingen. In seiner Geschichte Englands erzählt Lord Madox, daß ein Landsmann, der einen Döhlen verloren hatte, heiratete, um auf solche Weise den wünschtesten Ersatz zu haben.

Die Bewertung der Frau im Staat, von der ein deutscher Historiker schreiben konnte, daß die Geschichte seines Volkes und seines Standes ein so empfindliches, in so hohem Grade schwebendes und Mittel erregendes Schachpiel darbiete als die der Frauen, während ein englischer Geschichtler sich dahin ausgesprochen, daß die empfindende Behandlung des weiblichen Teiles der menschlichen Spezies nur dem menschlichen Mannes eigenständig sei und in der geringen Natur kein Gegenstück und kein Vorbild habe, seiß sich während der Bewertung der Frauarbeit an. Hausarbeitenarbeit ist heute noch unbezahlte Arbeit. Es gibt wohl gewisse Geschäfte, die der Ehefrau ein bestimmtes Anrecht auf Wohnraum, Kleidung, Nahrung sichern. Anspruch auf ein festes Einkommen erhebt die Frau, die vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein tätig ist, nicht. Die Gattin stehen wie so viele Weiber auf dem Papier. Sie sind den Frauen unbekannt und ein Mittel, dem Mann, der die Korruptionen nicht freiwillig erfüllt, dazu ver-anlassen, gibt es nicht, außer den Weg des Prozeszes, den die Frau doch nur in der äussersten Not beschreitet. Es wird wohl wenig Richter geben, die Prozesse darüber zu entscheiden haben, ob der Mann seiner Ehefrau ein Kleid, das ihr ansteht, oder eine Wohnung, die ihr zugeht usw. gewähren muß. In solchem Falle ist die Ehe doch längst innerlich zerstört. Und daß die meisten Entscheidungen auf Unterhalt der Frau in Eheverhältnissen, welchen zugunsten des Mannes ausfallen, ist zur Genüge bekannt. Nicht anders ist es bei den Bestimmungen über Entschädigung der Frau bei illegitimen Verhältnissen. Die Frau kann durch ihre Bestimmung über Geschlechtsverkehr oder durch Verlust ihres An-lufes noch so sehr geschädigt sein, wie gering das alles bewertet wird, zeigen die Gesetze, die den Mann in den jetzigen Fällen zur Entschädigung heranziehen. Und ist er mehrfacher Millionär, nicht nach seinem, sondern nach dem Vermögensstand der ge-schädigten Frau berechnet. Auch heute noch, im Zeitalter der Gleichberechtigung.

